

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BACH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

9. Jahrgang, Nummer 6

Z 2753 E

Bonn, im Juni 1961

INHALT

VOM SIEGE DES MENSCHEN von Hartmut Sierig	S. 1
EVANGELISCHE THEOLOGEN UND DIE POLITISCHEN PARTEIEN HEUTE von Wilhelm Hahn	S. 4
ERZIEHUNG ZUR VERANTWORTUNG IN VOLK UND STAAT von Edo Osterloh	S. 6
DIE UNION ALS GRUNDLAGE DEUTSCHER NEUORDNUNG von Otto Schmidt	S. 11
KOMPROMISS MIT DER SPD? von Gerhard Schröder	S. 14

VOM SIEGE DES MENSCHEN

Gedanken aus der Predigt in der Morgenandacht am 2. Juni 1961 in der Hamburger Hauptkirche St. Katharinen
anlässlich der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Hauptpastor Dr. Hartmut Sierig

Monatsspruch: „Gott hat den Frieden verkündigen lassen
durch Jesus Christus, welcher ist Herr über
alle.“ (Apg. 10, 36 b)

Das Evangelium predigen — das heißt: die Nachricht
eines Sieges überbringen. Evangelium — das ist Sieges-
botschaft und Kunde vom Frieden zugleich. Und der
Inhalt dieser Nachricht lautet: Er ist Herr über alle.
— Gott hat sein Wort gesandt zu den Kindern Israels,
daß es die frohe Kunde von dem Frieden durch Jesus
Christus bringe: Er ist Herr über alle.

Wir fragen: Wer ist dieser Herr? Und: Wie ist er, dieser
Herr, in welchem Sinne ist er der Sieger? Und: Was
heißt, unter seiner Herrschaft im Frieden leben?

Wer dieser Herr ist, das läßt sich am besten mit jenem
Namen sagen, den er sich selbst gegeben hat: Der Herr
ist der „Menschensohn“, der Herr ist der Mensch. Das
ist die frohe Kunde, die es zu verbreiten gilt: der Mensch
siegt — in Jesus Christus.

So träumt ein König: Er sieht ein Standbild, groß und
von unnachahmlichem Glanz. Sein Anblick ist furchtbar.

Das Haupt von Gold, die Brust und die Arme von Silber, der Leib von Erz, die Schenkel von Eisen, die Füße von Eisen und Ton zugleich. Unumstößlich fest scheint es gegründet. Da löst sich ein Stein, ohne Zutun von Menschenhand, rollt vom Felsen herab und zerschmettert die Füße von Ton und Eisen. Und das Standbild, das scheinbar so fest gegründete, stürzt. Der Stein aber, der ins Rollen kam, wächst und wird zu einem großen Berg, der die ganze Welt füllt.

Und so träumt ein Prophet: Vier Tiere entsteigen dem Meer. Das erste ist wie ein Löwe mit Adlerflügeln. Das zweite gleicht einem Bären und das dritte einem Panther. Dem zweiten wird geboten: Friß viel Fleisch! Dem dritten wird Macht verliehen. Das vierte Tier aber ist unvergleichbar den anderen und keinem bekannten Tiere ähnlich. Es ist nur Tier, nur Bestie. Es hat eiserne Zähne und frißt und zermalmt. Was übrigbleibt, zertritt es mit den Füßen. Und die Bestie hat ein großes Maul und lästert Gott. — Da wird ein Thron im Himmel aufgestellt, und auf diesen Thron setzt sich einer, der streckt seine Hand aus. Da wird das Tier getötet, das so große Worte redete, und sein Leib vernichtet. In den Wolken des Himmels aber erscheint einer, der eines Menschen Gestalt hat. Und es wird ihm Macht verliehen, Ehre und Reich, daß alle Völker ihm dienen. Und dieses Reich ist ohne Aufhören.

Zwei Nachtgesichte — das eines Königs und das eines Propheten. Und in jeder dieser Visionen geht es um dasselbe: um einen Stein, der ins Rollen kommt. Ein Stein kommt ins Rollen — wenn wir das sagen, dann meinen wir: ein Geschehen sei in Gang gebracht, dessen Ursache vielleicht noch nicht erkennbar ist, das aber in seinen Auswirkungen unaufhaltsam fortschreitet. Ein Stein kommt ins Rollen — das heißt soviel wie: eine Sache nimmt zwangsläufig ihren Lauf.

Der Stein, der ins Rollen kommt, die Sache, die ihren Lauf nimmt, das ist der „Menschensohn“, der das Ende der Reiche dieser Erde signalisiert, der in seiner Person, in seiner Erscheinung, das Ende der Reiche dieser Erde ist. Denn das sind die vier Tiere, das sind Goldhaupt, Silberbrust, Erzleib und Füße aus Ton und Eisen: die großen Reiche der Welt. Und wenn der Mensch erscheint, der Mensch „von oben“, der Mensch, so wie Gott ihn suchte, wollte und bestimmte im Ursprung, wenn dieser Mensch von der anderen Seite, vom „Jenseits“ unseres Menschseins noch einmal kommt, dann stürzen die Reiche, dann fällt das Goldhaupt und das Maul verstummt, das große Dinge redet.

In welchem Sinn und Maß ist dieser Mensch Sieger? In einem ganz paradoxen Sinn: nämlich darin und dadurch, daß er von Menschen an Menschen preisgegeben wird, daß nicht er, sondern gerade die Bestie zu siegen scheint, daß die Macht, die letzte große unvergleichliche Macht dieser Erde seine Göttlichkeit seiner Menschlichkeit entgegenstellt. Das ist sein Sieg, der Anfang des vollkommenen Triumphes: daß er, dieser Mensch, dieses zur Wirklichkeit gewordene Urbild — denn es heißt: „Das Wort ward Fleisch“ — auf eine absurde und pervertierte Weise gekrönt wird, daß sein Lorbeer aus Dornen, sein Sieg aus seinem Scheitern besteht.

Wie er Herr ist über alle, das zeigt jene Szene auf den Stufen des Jerusalemer Statthalterpalastes, als Pilatus, der Heide, das Ecce homo spricht. Dieser Leidende, dem Kreuztod Verfallene, der Verhöhnung und Schändung — das ist der Mensch unter dem Zugriff der Bestie, die, nicht ahnend, was sie sagt, gerade seinen Sieg verkündet. Denn seit dieser Stunde, seit dem Gebetskampf in Gethsemane und dem verlassenen Sterben stirbt niemand von uns mehr unmenschlich. Ist er in seinem Sterben Gottes, hat er seine Angst und seinen Tod immer schon hinter sich. Und seit dieser Stunde gibt es keine Macht dieser Erde, die nicht gefordert wäre, im Leiden Jesu Christi das Leiden des Menschen zu sehen und zu sorgen, daß der Mensch Mensch zu bleiben vermag. Seit dieser Stunde gibt es keine Macht der Erde, die entschuldigt wäre, den Maßstab nicht gekannt, das Ziel nicht gewußt zu haben.

Damit stehen wir vor der letzten Frage: In welcher Weise denn nun dieser Mensch unter der Krone von Dornen und Lorbeer seine Herrschaft ausübt. — An der Ostwand der Arenakapelle zu Ravenna befindet sich ein thronender Christus, und niemand, der die Kirche betritt, kann sich dem Blick dieses herrscherlich thronenden Menschen entziehen. So sitzt Christus am Kopfende unserer Konferenztische. Und darin jedenfalls hatte jener mittelalterliche Kaiser grundsätzlich recht, als er erklärte: ihm stehe der Vorsitz nicht zu, sondern allein Christus, allein dem Menschen. Es wäre in diesem Sinne gut, wenn an unseren Konferenztischen ein Stuhl frei bliebe zum Zeichen, daß hier der Mensch Platz nehme, dem zu dienen wir auf dieser Erde sind.

Mit anderen Worten: Unter der Anrede Gottes an uns, unter der Siegesbotschaft, daß der Mensch in seiner ursprünglichen Gestalt die Macht übernommen, die Herrschaft angetreten hat, geht es nicht um „Christianisierung“ oder gar „Sakralisierung“ der Welt, sondern um die Menschwerdung des Menschen, um unsere einfache Menschlichkeit. Das heißt: Er — Jesus Christus — ist Herr über alle.

Haben wir aber dies einmal zur Kenntnis genommen und verstanden, dann lernen wir auch, was Friede ist. Das ist Friede: zu wissen, was unsere Bestimmung ist, woher wir kommen und wohin wir also gehen; zu wissen, daß des Menschen Menschsein eine Krone aus Lorbeer und Dornen ist; zu wissen, daß wir preisgegeben werden; zu wissen, daß wir siegen.

Über der Arena, in der die Christen der Bestie vorgeworfen wurden, dem Tier mit zermalmendem Maul — der Vorgang hat in seiner furchtbaren Wirklichkeit symbolischen Charakter —, über der Arena, in der die Menschen das Urbild verwarfen, wölbt sich die Kuppel der Basilika.

Ohne Bild: Über der Erde, dieser unserer Erde, wölbt sich der Himmel, in den Christus aufgefahren ist und von wo er wiederkommen wird. Und ob wir es wollen oder nicht: Der Mensch, der wirkliche Mensch, der „wahre“ Mensch ist anwesend in der Arena der Welt.

Er ist Herr über alle.

Das ist die Siegesbotschaft und die Nachricht vom Frieden.

Evangelischer Wähler, an Dir liegt es,

1. daß die CDU/CSU eine wahre Union zwischen evangelischen und katholischen Christen zur Gestaltung des öffentlichen Lebens ist und bleibt;
2. daß die CDU/CSU den in aller Welt anerkannten Neubau Deutschlands mit der dafür notwendigen Bundestagsmehrheit fortsetzen kann;
3. daß wachsender Wohlstand seinen Sinn in einer sittlich-geistigen Existenz des Miteinander und Füreinander empfängt und behält;
4. daß erfahrene und bewährte Persönlichkeiten von christlicher Grundhaltung, denen die freie Welt vertraut, auch weiterhin das Steuer führen.

Freiheit und Friede, Sicherheit und Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk bleiben das Ziel.

Setze nicht aufs Spiel, was mit soviel Mühe und Fleiß erreicht worden ist!

Darum wähle CDU/CSU!

Werde Mitglied der CDU/CSU!

Arbeite in der CDU/CSU und im öffentlichen Leben mit!

Hier liegt Deine Verantwortung!

9. BUNDESTAGUNG

DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU

EVANGELISCHE THEOLOGEN UND DIE POLITISCHEN PARTEIEN HEUTE

Einführungsreferat zu einem Gespräch mit Hamburger Theologen
anläßlich der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Professor D. Wilhelm Hahn, Heidelberg

Beim Nachdenken über das mir gestellte Thema wurde mir klar, daß zur Erhellung seiner Problematik zunächst das Verhältnis der evangelischen Theologen zum modernen demokratischen Parteienstaat betrachtet werden muß. Ein kurzer historischer Rückblick läßt sich dabei nicht vermeiden. Erst von da aus wird das Verhältnis der evangelischen Theologen zu den politischen Parteien heute verständlich.

Die Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit zwingt mich zu Vereinfachungen und Abkürzungen, so daß keinerlei Vollständigkeit in der Darstellung möglich ist. Das bitte ich zu bedenken.

Die Erklärungen von Stuttgart und Treysa

Am Anfang unserer kirchlichen, aber auch politischen Neuwerdung 1945 stehen zwei bedeutsame Erklärungen der evangelischen Kirche: das Stuttgarter Schuldbekenntnis und das „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“ der Kirchenversammlung von Treysa. Im Stuttgarter Schuldbekenntnis erklärt sich die Kirche mit der Gesamtschuld, die sich unser Volk durch den Nationalsozialismus aufgeladen hatte, solidarisch und bekennt als ihre eigene Schuld vor Gott, „daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“. Bei aller Bejahung der Notwendigkeit dieses Schuldbekenntnisses scheint mir die Schwäche nicht zu leugnen, die in der Allgemeinheit und Unkonkretheit seiner Aussage liegt. Was hier ausgesprochen wird, ist so allgemein, daß es immer richtig ist, aber gerade darum zu wenig Anknüpfungsmöglichkeiten für einen Neuansatz bot. Wer die geistige und theologische Entwicklung kennt, weiß, daß in jener Stunde von der evangelischen Kirche nicht mehr ausgesprochen werden konnte. Problematisch an der Stuttgarter Erklärung aber ist, daß sie nur nach dem Verhalten der Kirche während des „Dritten Reiches“ fragt, statt den Blick auch auf die Zeit des Heraufkommens des Nationalsozialismus zu richten. Hier hätte die Kirche Konkretes entdecken können, was ihr Stoff zu einer tiefgreifenden Besinnung auf das Problem der politischen Verantwortung des Christen in der Gegenwart hätte geben können. Denn mittelbar trugen auch evangelische Kirche und Theologie eine Mitschuld am Untergang der Weimarer Republik und am Heraufkommen des Nationalsozialismus.

Die politische Botschaft von Treysa sprach aus, daß „die furchtbaren Erlebnisse der vergangenen zwölf Jahre“ nur dadurch möglich geworden seien, daß sich „Grundsätze christlicher Lebensordnung“ im öffentlichen Leben nicht ausgewirkt hätten. Deshalb erwachse der Evangelischen Kirche in Deutschland die Aufgabe, „weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere die politische Gemeinschaft einzuwirken“. Es werden dann Wege zu solcher Einwirkung vorgeschlagen, aber die Frage, warum es in der Weimarer Republik zu einer solchen verantwortlichen Einwirkung der Kirche nicht gekommen ist, wird nicht gestellt. Dies aber wäre der Ansatzpunkt für eine fruchtbare Besinnung gewesen.

Vor 1933 kein Verhältnis zur Demokratie

Es genügt, wenn wir im Blick auf die Haltung der Mehrheit der evangelischen Theologen und der Kerngruppen evangelischer Gemeinden vor 1933 feststellen, daß sie kein Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und

den sie tragenden Parteien hatten. Die positive Haltung einer Reihe liberaler Theologen wie M. Rade, Bousset, R. Otto und die religiösen Sozialisten waren die Ausnahme von der Regel. Es fällt auf, daß die evangelische Kirche die sozialen Probleme mit viel größerer Offenheit aufnahm als die politischen Veränderungen. Das mangelnde Verhältnis des evangelischen Volksteils zur Demokratie und ihren Institutionen hat der Weimarer Republik neben anderen Gründen den Boden unter den Füßen weggezogen. Keine andere Staatsform ist ja so auf das Vertrauen und die Mitarbeit ihrer Bürger angewiesen, wie die Demokratie. Hätte die evangelische Theologie den evangelischen Christen diesen Staat als das Feld ihrer politischen Verantwortung gezeigt und sie zu einer positiven Beurteilung desselben gebracht, so hätte der Lauf der deutschen Geschichte ein anderer sein können. So aber blieben evangelische Theologen und Laien im allgemeinen ohne realen Kontakt mit dem Leben dieses Staates. Die Folge war, daß viele evangelische Christen nichts für seine Verteidigung getan, sondern, ohne es zu wollen, mit aus Ressentiment gegen die Weimarer Demokratie blinden Augen, dem totalitären Unrechtsstaat in den Sattel geholfen haben.

Was war der Grund für diese Distanz? Ich möchte zwei Momente aufzeigen:

Säkularismus und Liberalismus sollten überwunden werden

Die moderne parlamentarische Demokratie und ihre Parteien stammen ideengeschichtlich aus der Aufklärungszeit und sind durch die französische Revolution im politischen Leben wirksam geworden. Dieser Geist wirkte in der Demokratie und den sie behandelnden Parteien weiter. Sie waren damit auch Träger der Säkularisation und Förderer einer pluralistischen liberalen Gesellschaftsordnung. Das kirchlich-religiöse wie politische Bewußtsein der evangelischen Christenheit in Deutschland ist aber nach der Auflösung, die die Aufklärung der evangelischen Kirche gebracht hatte, in den Erweckungsbewegungen des 19. Jahrhunderts geprägt worden. Diese trugen romantische und konservative Züge. Sie setzten sich das Ziel, den Säkularismus und Liberalismus zu überwinden. So ist es verständlich, wenn evangelische Theologen und Christen, gerade wenn sie sich für Kirche und Gesellschaft verantwortlich wußten, keine positive Einstellung gegenüber der parlamentarischen Demokratie und ihren staatstragenden Parteien fanden.

Festhalten am Idealbild des Obrigkeitsstaates

Entsprechend orientierte sich die Theologie in ihrer Lehre vom Staat trotz der völlig veränderten politischen Verhältnisse an der Konzeption der Reformatoren. Hier ging es um den Obrigkeitsstaat, in dem der „Herrscher von Gottes Gnaden“ den Staat verkörperte. Als die Monarchie 1918 zusammenbrach, hielt die Mehrheit der evangelischen Kreise am Idealbild des Obrigkeitsstaates fest und konnte sich mit der parlamentarischen Demokratie, die sich auf den Parteien aufbaut, nicht abfinden. Ein von den Parteien zum Reichspräsidenten gewählter Sattlermeister schien zum Bild der „Obrigkeit“ nicht zu passen. Autorität und Legitimität wurde der politischen Arbeit in der Demokratie nicht in gleicher Weise zuerkannt wie dem Obrigkeitsstaat und insbesondere seiner

Verwaltung. Es sei nicht bestritten, daß die Weimarer Demokratie mit ihrem Parteienchaos und den demokratischen Kinderkrankheiten im Vergleich zum preußischen Beamtenstaat mit seinem kantischen Berufsethos ein fragwürdiges Gegenbild zeigte, das die Umstellung gerade dem Christen erschwerte. Hinzu kam der Partei egoismus, der das Interesse einzelner Gruppen über das Ganze stellte. Das Mißvergnügen an der Demokratie, in der man überhaupt keinen ernst zu nehmenden und lebensfähigen Staat finden zu können meinte, förderte die Sympathie für die romantischen, antiliberalen und antiaufklärerischen Züge des heraufkommenden Nationalsozialismus, die eher dem Bild des Obrigkeitsstaates entsprachen. Das Totalitäre und Unmenschliche erkannte man damals noch nicht.

Grundsätzliche Wandlung seit 1945

Betrachten wir nun die Gegenwart, so ist festzustellen: Trotz der Wendung der evangelischen Theologen zur Bejahung ihrer politischen Verantwortung in der Demokratie besteht die Gefahr, daß sich die evangelische Kirche mit ihren Theologen und der demokratische Parteienstaat der Gegenwart wieder verfehlen.

Das sollte man zunächst nicht erwarten, denn das grundsätzliche Verhältnis der evangelischen Theologen zum demokratischen Staat hat sich seit 1945 vollständig gewandelt und zwar in doppelter Hinsicht:

1. Die Erfahrungen mit der totalitären Diktatur von rechts haben den Glauben an den Obrigkeitsstaat restlos zerstört. War man früher geneigt, alles der „Obrigkeit“ zu überlassen, da man ihr mit dem Vertrauen des „Untertanen“ gegenüberstand, so hegt man heute ein tiefes Mißtrauen gegenüber allen, die „oben“ sind und Macht haben. Evangelische Theologen bejahen den „Staat von unten“, die Demokratie, und zwar in möglichst uneingeschränkter Form. Sie bejahen auch grundsätzlich ihre politische Mitverantwortung.

2. Die starken ökumenischen Berührungen mit den Angelsachsen, bei denen sich eine Vereinigung von Christentum und Humanismus vollzogen hat, aber auch andere, hier nicht zu erörternde Gründe hatten in Theologie und Kirche eine neue Bewertung der Aufklärung und eine Bejahung der Säkularisation als notwendige Entwicklung zur Folge. Die säkularisierte Welt wird nun als von Gott gegebene Aufgabe und als die unausweichliche geschichtliche Wirklichkeit auch des Christen erkannt. Die Stimme Dietrich Bonhoeffers ist für diese Wendung bedeutsam gewesen. So ist es zu einer radikalen Abwendung von dem antisäkularistischen Konzept gekommen. Die säkularisierte und pluralistische Gesellschaft wird oft geradezu unkritisch bejaht.

Diese beiden Momente bedeuten also völlig neue Voraussetzungen für das Verhältnis der evangelischen Theologen zum modernen demokratischen Parteienstaat.

Karl Barths Verkündigungstheokratie

Die hier gegebenen Möglichkeiten werden jedoch durchkreuzt durch eine in gewissen Theologengruppen einflußreiche theologisch-politische Konzeption. Es handelt sich um den von Karl Barth entwickelten Gedanken der Verkündigungstheokratie, den er in seiner Schrift: „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ (1947) vertreten hat. Danach ist die Gerechtigkeit des Staates ein Gleichnis zu dem in der Kirche geglaubten und von der Kirche verkündigten Reich Gottes. Verwirklicht wird diese Gerechtigkeit dadurch, daß der Staat sich nach der Kirche richtet, und zwar nach ihrer Verkündigung. Die Kirche hat ein prophetisches Amt auch hinsichtlich der konkreten Tagesfragen des politischen Lebens.

Es hat nur wenige neutestamentlich noch schwächer begründete und unrealistischere Bestimmungen des Verhältnisses von Kirche und Staat gegeben. Und wenn eine solche Sicht vielleicht in der überschaubaren Welt des Mittelalters noch Anwendungsmöglichkeiten gehabt hätte, so ist sie in der komplizierten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Welt der Gegenwart einfach utopisch.

Das Wort der Kirche droht entwertet zu werden

Das scheinen die Vertreter dieser Auffassung selbst zu empfinden, denn ihre Haltung ist merkwürdig wechselnd: Bald berufen sie sich auf das prophetische Amt, das der Kirche auch in politischen Ermessensfragen gegeben sei, bald gründen sie trotz ihrer sonstigen Kritik an christlichen Parteien selbst eine solche Partei, um diese dann nach deren politischem Versagen wieder aufzugeben. Die politischen Äußerungen dieser Theologen werden von der deutschen Öffentlichkeit kaum noch ernst genommen, wodurch das Wort der Kirche entwertet zu werden droht. Zu oft hat man an der Wirklichkeit vorbeigeredet, mußte sich nachträglich selbst korrigieren.

Leider haben diese Theologen und die hinter ihnen stehenden Kreise daraus nicht den Schluß gezogen, daß ihre theologische Grundkonzeption falsch sei, sondern suchen die Schuld bei unserem demokratischen Staat und seinen Organen. Der eigentliche Grund für das Versagen ist weniger die mangelnde Sachkenntnis der Theologen als vielmehr der Tatbestand, daß sie außerhalb der Ebene unmittelbarer politischer Verantwortung bleiben. Sie stellen von theologischen Gesichtspunkten her, die ihrerseits allerdings auch fragwürdig sind, politische Forderungen, und überlassen die Verantwortung für die Folgen dem Politiker. Würden sie in die Arbeit der verfassungsmäßigen Organe „einsteigen“, so würden sie nicht nur unter dem Gewicht der Tatsachen zu anderen Lösungen kommen, sondern auch das Falsche ihrer theologischen Konzeption durchschauen.

Die Lautstärke, mit der diese Gruppe redet, täuscht oft darüber hinweg, daß es sich um eine Minderheit der evangelischen Theologen handelt. Ihr Wort hat aber insofern Bedeutung, als es weit über den engen Kreis hinaus ein tiefes Ressentiment gegen unseren Staat und insbesondere gegen seine Parteien verbreitet.

Sorgen um ein überholtes Leitbild

Aber die Zurückhaltung der evangelischen Theologen gegenüber den politischen Parteien hat heute noch einen weiteren Grund, der nicht übersehen werden darf. Die bereits erwähnte Wendung zu einer positiven Wertung der Säkularisation hat in der Theologie das hermeneutische Problem in den Vordergrund geschoben: Es gilt, die evangelische Botschaft in unsere heutige Welt zu übersetzen, nicht aber, sie zu verchristlichen. Parallel zu dieser hermeneutischen Einsicht ergibt sich im politischen Bereich die Notwendigkeit, den säkularisierten Staat und die pluralistische Gesellschaft in ihrem Dasein anzuerkennen.

Hingegen schlägt die Treysaer politische Botschaft einen anderen Ton an, wenn sie erklärt, daß „die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Säkularismus“ zu betonen sei, den Katholizismus und Protestantismus zu führen haben, und die politische Annäherung beider Konfessionen Unterstützung verdiene. Gleichzeitig wird „die Bildung einer politischen Partei, die sich selbst auf christliche Grundsätze verpflichtet“, positiv beurteilt.

Hier setzt der Widerspruch vieler Theologen gegen die CDU/CSU ein. Sie vermuten, daß hier das romantische Bild einer christlichen Einheitskultur und eines christlichen Staates, die hinter Aufklärung und Säkulari-

sation zurückgehen — wie es vor dem Nationalsozialismus der evangelischen Kirche vorschwebte und sich dann als ungeschichtlich und unrealistisch herausstellte —, wieder als Leitbild wirkt. Hinzu kommt, daß ähnliche Gedanken in katholischen Kreisen der CDU/CSU verständlicherweise lebendig sind. Werden bei dem Einfluß der katholischen Gruppe in der CDU/CSU diese Gedanken nicht doch als Leitbild übernommen, und wird damit nicht gerade den Forderungen, der sich immer weiter säkularisierenden Welt ausgewichen? Damit ist dem evangelischen Teil der CDU/CSU eine sehr wesentliche Frage gestellt. Hier liegt auch der Grund, warum relativ viele evangelische Theologen ein Gefälle zur SPD aufweisen.

Säkularisation und Säkularismus nicht gleichzusetzen

Es ist immer wieder von maßgeblichen evangelischen Vertretern der CDU/CSU betont worden, sollte aber noch deutlicher werden: Säkularisation und Säkularismus sind nicht gleichzusetzen. Die Säkularisation ist eine unausweichliche Bewegung der Menschheitsgeschichte, die wir nicht umkehren können und die wir respektieren müssen. Der Säkularismus dagegen, den die CDU/CSU ablehnt, ist der grundsätzliche Immanentismus und Indifferentismus, der die Verantwortung des Menschen und der Menschheit vor Gott leugnet. Entsprechend bejahen die evangelischen Christen der CDU/CSU den säkularisierten Staat und die demokratisch pluralistische Gesellschaft in ihrem Dasein, wenn auch nicht immer in ihrem Sosein, als eine Gegebenheit. Sie sind dabei überzeugt, daß beide gerade der christlichen Verantwortung, der christlichen Toleranz und der christlichen Bändigung der Macht besonders bedürfen. Auch herrscht in der CDU/CSU eine gegenseitige Anerkennung der verschiedenartigen Standpunkte beider Konfessionen, so daß die katholische Sicht keineswegs für die evangelischen Mitglieder bindend ist, sondern ihnen volle Freiheit läßt.

Neuorientierung der Lehre vom Staat geboten

Und schließlich wird die Zurückhaltung evangelischer Theologen und Christen gegenüber den politischen Parteien nur überwunden werden, wenn die evangelische Theologie mit Nachdruck die evangelische Lehre vom Staat den Verhältnissen der Parteiendemokratie anpaßt. Zwar haben sich eine Reihe von Theologen um eine Neu-

fassung der Lehre vom Staat im Blick auf die Demokratie und ihre Parteien bemüht. Ich nenne besonders Trillhaas, Thielicke, H. H. Walz und auch Kühneth. Aber zu einer das Bewußtsein und die Haltung der evangelischen Theologen und Christen in der Breite bestimmenden Neuorientierung ist es bisher nicht gekommen. Noch immer wirkt bei der Mehrheit die durch den Obrigkeitsstaat bestimmte Haltung nach. Nicht umsonst sprechen unsere Kirchengebete noch von der „Obrigkeit“ wie im 16. Jahrhundert.

So beurteilen evangelische Kreise die Mitarbeit in politischen Parteien weithin als ein minderwertiges und ziemlich anrüchliches Geschäft, während man Ämter in der Staatsverwaltung hoch bewertet. Dieses Urteil wird verstärkt durch die Erfahrung, daß zwischen demokratischen Parteien, und auch innerhalb der Parteien selbst, ständig kleinere oder größere Machtkämpfe ausgetragen werden, wobei auch persönliche Verunglimpfungen nicht ausbleiben.

Politische Diakonie

Die evangelische Theologie muß zeigen, daß der demokratische Staat sich von den politischen Parteien her aufbaut. Wurde in der reformatorischen Lehre vom Staat das Wirken der Obrigkeit als Gottesdienst verstanden, so hat das gleiche heute von der Arbeit der Parlamente und politischen Parteien zu gelten. Daß es hier Machtkämpfe gibt, gehört zur Sache, denn es geht im Staat notwendig um Macht. Die inneren Auseinandersetzungen und selbst Angriffe gegen Persönlichkeiten des parteipolitischen Gegners sind im System der Demokratie unvermeidlich und müssen auch von Christen in Kauf genommen werden. Selbstverständlich sollten sie sich um ihre Eingrenzung bemühen. Aber diese inneren Machtkämpfe bei Einhaltung der vorgesehenen Spielregeln sind der Preis, den die Demokratie dafür zahlt, den totalitären Staat zu vermeiden. Der totalitäre Staat hebt die inneren Spannungen durch eisernen Zugriff auf, um mit der so gewonnenen Macht nach außen und innen um so größeres Unrecht begehen zu können. Die evangelische Theologie hat die Aufgabe, eine neue Wertung der demokratischen Arbeit durch die evangelischen Gemeinden vorzubereiten. Mitarbeit in einer politischen Partei innerhalb der Demokratie aus christlicher Verantwortung ist nicht das persönliche Hobby eines Außenseiters, auch nicht nur „aktiver Patriotismus“, wie Theodor Heuss gesagt hat, sondern politische Diakonie.

„ERZIEHUNG ZUR VERANTWORTUNG IN VOLK UND STAAT“

Referat auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Kultusminister Edo Osterloh, Kiel

„Nun liegt einer Stadt Gedeihen nicht bloß darin, daß man große Schätze ansammelt, feste Mauern, schöne Häuser, viel Geschütze und Harnische herstellt; ja, wo es viel Derartiges gibt, und es kommen tolle Narren darüber, so ist der Schade für die betreffende Stadt um ebensoviel ärger und größer. Für eine Stadt bedeutet vielmehr das das beste und allerreichste Gedeihen, Heil und Kraft, wenn sie viel feine Gelehrte und viel verständige, ehrbare und wohlgezogene Bürger hat... So hat die Notwendigkeit es allezeit in aller Welt, auch bei den Heiden, erzwungen und erhalten, daß man Erzieher und Lehrer hat halten müssen, wenn anders man etwas Ordentliches aus einem Volk hat machen wollen... Auch wenn es nun ... keine Seele gäbe, und wenn man die Schulen und Sprachen gar nicht brauchte um der

Schrift und um Gottes willen, so wäre doch schon allein das Grund genug, die allerbesten Schulen sowohl für Knaben als auch für Mädchen an allen Orten einzurichten, daß doch auch die Welt, um ihren weltlichen Stand äußerlich zu erhalten, feine, geschickte Männer und Frauen braucht, damit dann die Männer Land und Leute wohl regieren, die Frauen Haus, Kinder und Gesinde wohl erziehen und in Ordnung halten können... Wenn ich Kinder hätte und besäße die Mittel dazu, so müßten sie mir nicht bloß die Sprachen und die Historien hören, sondern auch Singen und die Musik samt der ganzen Mathematik lernen... Darum ist es hochnotwendig, nicht bloß wegen der jungen Leute, sondern auch zur Erhaltung sowohl unserer geistlichen als auch unserer weltlichen Stände, daß man in dieser Sache ernstlich und rechtzeitig etwas dazu tue.“

Diese pointiert staatsbürgerlich politische und weithin rein profane Begründung für die Lebensnotwendigkeit von Schulen und Erziehung überhaupt hat unser Reformator Martin Luther im Jahre 1524 entwickelt in seiner Schrift: „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen.“

Inzwischen sind ungefähr viereinhalb Jahrhunderte vergangen, und es hat sich erheblich mehr verändert als die von Luther noch vorausgesetzte Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen auf staatlich öffentliche und häuslich private Angelegenheiten. Wir haben keine Landesfürsten und keinen Kaiser mehr, dafür aber das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht“, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Wir sind zwischenzeitlich als „Volk der Dichter und Denker“ angesehen worden, haben diesen Eindruck aber gründlich verwischt durch eine fürchterliche Epoche — die hoffentlich einmal als Episode betrachtet werden kann —, in der Deutschland Angst, Entsetzen und Abscheu ausgelöst hat. Und heute ist unser Vaterland aufgespalten in einen freien und einen unfreien Teil. Wir aber sind fleißige Arbeiter, wagemutige Unternehmer, erfolgreiche Kaufleute und ziemlich geschickte Geldverdiener geworden.

Nicht nur das „Heilige römische Reich deutscher Nation“, sondern auch das „Deutsche Reich“ ist uns Gegenwärtigen durch den Fluch des „Dritten Reiches“ als Leitbild für unser staatsbürgerliches Denken und Fühlen weit entrückt und entzogen. Die Freiheit und Menschenwürde unserer konkreten politischen Existenz heute hängen an unserer Verbundenheit mit einem weitgespannten und vom Einzelnen kaum zu überblickenden und zu durchschauenden Bündnissystem und Integrationsprozeß im europäischen und atlantischen Rahmen. Dazu kommen Verteidigungs-Notwendigkeiten und -Möglichkeiten, deren Problematik noch vor wenigen Jahrzehnten gänzlich unbekannt war. Die Begriffe Heimat, Volk und Vaterland bezeichnen in unseren Tagen Bewußtseinsinhalte, welche sich in einem Wandlungsprozeß befinden, weil unser Erleben und unser Empfinden von der Verwurzelung unserer Existenz, von der uns fraglos tragenden Gemeinschaft und von der Gestalt des unseren freiwilligen Einsatz fordernden Ganzen in Bewegung geraten sind.

Der entscheidende Unterschied zum Reformationszeitalter

Aber der entscheidende Unterschied oder sogar Gegensatz zwischen dem Reformationszeitalter und unserer Gegenwart greift viel tiefer als unsere bisherigen Erwägungen und hat deshalb auch eine viel wesentlichere Bedeutung für die Antwort auf unsere Frage, was Luther etwa uns Heutigen für eine evangelische Orientierung der politischen Erziehung zu sagen hat, und wo er von uns das Gehen neuer Wege und die Eröffnung neuer Ausblicke verlangt.

Für Luther war es selbstverständlich, daß in Deutschland jede Schule eine christliche Schule war. Die Unbefangenheit, mit der er die heidnische Erziehung bei den Römern und Griechen als vorbildlich hinstellte und sich als Anhänger der damals modernen Pädagogik der Humanisten bekannte, war für ihn nur möglich, weil er gar nicht auf die Idee kommen konnte, für die Errichtung oder Erhaltung nicht-christlicher geschweige denn anti-christlicher Schulen einzutreten, und weil es auch ausgeschlossen war, daß seine Hörer und Leser ihn nach dieser Richtung hin mißverstanden.

Für Luther war die religiöse Glaubensfrage schlechthin entscheidend für die Durchleuchtung und Gestaltung aller Lebensgebiete einschließlich des Schulwesens und der Erziehung. Seine Gegner waren die Schwärmer und Papisten, die sich von der Heiligen Schrift und ihrem

Wort loslösenden, gesetzlosen religiösen Individualisten und die Vertreter einer romhörigen Werkgerechtigkeit. Er kannte noch keine Atheisten und Nihilisten als Feinde des Glaubens. Luthers Kämpfe und Auseinandersetzungen hatten ihren Kriegsschauplatz grundsätzlich innerhalb der Christenheit. Bei aller Schärfe und Härte der gegenseitigen Vorwürfe und wechselseitigen Verbannungen und Verdammungen ging es doch um Unterschiede und Gegensätze im Verständnis des christlichen Glaubens und nicht um die Alternative Glaube oder Unglaube. Allen Streitern im Zeitalter der Reformation war nicht nur die Existenz Gottes an sich unbezweifelbar, sondern auch die Auferstehung Jesu Christi, das Jüngste Gericht und das Ewige Leben, sowie die Gnade der Sündenvergebung oder das Wirken des Heiligen Geistes — um nur einige dem typisch modernen Menschen problematisch gewordene Glaubensinhalte zu nennen — standen bei Anhängern und Gegnern der Reformation jenseits jeder Diskussion als geoffenbarte Wahrheit fest.

Demgegenüber stehen wir evangelischen Christen in der neuesten Zeit gemeinsam mit den römischen Katholiken unbeschadet aller konfessionellen Unterschiede und Gegensätzlichkeiten in einem uns eng miteinander verbindenden Kampf gegen den nackten Unglauben, gegen den geisttötenden Indifferentismus und gegen die mannigfaltigsten Gestalten anti-christlicher Zeittendenzen. Der aggressive marxistische Atheismus ist nicht nur auf dem Plan als der unter Terror angebetete Götze auf dem Thron kommunistischer Staaten, ihm dienen nicht nur die Spionage- und Sabotage-Organisationen in der freien Welt, er wirkt auch durch Salon-Intellektuelle in den vornehmsten Gewändern aller denkbaren gesellschaftlichen und politischen Zuschnitte, und er findet bei jedem von uns Stimmungen, Gedanken, geistige und ungeistige Haltungen, welche unseren christlichen Glauben in Gefahr bringen und uns in die Gottlosigkeit drängen. Radikaler Skeptizismus, Agnostizismus und Nihilismus sind Bedrohungen unserer innersten Existenz geworden, wie Luther sie in diesen Gestalten nicht gekannt hat.

Herauslösung des menschlichen Daseins aus seinen transzendenten Bezügen

Der atheistische Marxismus und seine politischen Machtgebilde wären überschätzt, wenn man sie allein oder auch nur als entscheidend für diese Veränderung der geistigen Situation verantwortlich machen wollte. Sie sind nur Zwischenprodukte tiefer und umfassender Prozesse, die einerseits in der schrankenlosen Emanzipation der menschlichen ratio bis zu ihrer Verabsolutierung und andererseits zugleich in dem menschlichen Versagen der Christenheit im Dienst an der bindenden und weisenden Kraft der geoffenbarten Wahrheit ihre Ursache finden. Der Rassenwahn im Nationalsozialismus und der Machtrausch im Faschismus waren in allen ihren Spielformen und Kombinationen, sogar mit dem Kommunismus, nur Begleiterscheinungen und teilweise Abwehrreaktionen eines geistigen Vorganges, der das menschliche Dasein aus seinen transzendenten Bezügen herauslöst und dadurch in Sinnlosigkeit und Verzweiflung führt.

Wer in unserer Zeit die Frage nach der Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat beantworten will ohne Rücksicht auf diese innerste Bedrohung der geistigen Existenz des Menschen, der läuft Gefahr, sich entweder mitschuldig zu machen an einer Stärkung der Mächte des Chaos, indem er bereits vorhandene Utopien und Illusionen noch vermehrt und wirksamer macht, oder nicht verstanden zu werden, weil er Verantwortungsbewußtsein als selbstverständlich unterstellt, während es tatsächlich immer mehr durch blanken Opportunismus, Aberglauben an Magie oder an die absolute Berechenbarkeit des Daseins verdrängt wird.

Christlicher Glaube und staatsbürgerliche Bildung

Luther hätte sich gewiß nicht träumen lassen, daß es einmal in Deutschland nötig sein werde, den christlichen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an allen öffentlichen Schulen durch eine besondere Verfassungsbestimmung ausdrücklich zu schützen.

Wir sollten als Mitglieder und Freunde der CDU/CSU, und gerade als Evangelische, diese kulturpolitische Entscheidung in ihrem rechtsverbindlichen Charakter auch als wesentlichen Bestandteil unserer politischen Mitverantwortung für die staatsbürgerliche Bildung ansehen.

Niemand soll uns in der uneingeschränkten politischen Toleranz gegenüber Andersgläubigen und Ungläubigen übertreffen; es wird niemand gezwungen, christlichen Religionsunterricht zu erteilen oder an ihm teilzunehmen. Die Freiheit des Geistes und des Glaubens ist für uns unverletzlich. Die sogenannte „Bremer Klausel“ im Bonner Grundgesetz beweist, daß dieser Grundsatz sogar lokal begrenzte Eigentümlichkeiten schützt.

Aber was wir an demokratischen Rechten und Wirkungsmöglichkeiten Andersdenkenden zugestehen, das müssen wir um ihretwillen auch für uns und unsere Überzeugungen beanspruchen. Denn darüber sind wir uns als Evangelische und Katholiken weit über den Rahmen der politischen Zusammenarbeit in der CDU/CSU hinaus einig, daß der christliche Glaube für die Verantwortung in Volk und Staat eine entscheidende Bedeutung hat, und das er daher für uns integrierender Bestandteil jeder echten politischen Bildung sein muß. Das gleichberechtigte Zusammenleben von Christen und Nichtchristen im Staat, die Lebensgemeinschaft in gegenseitiger Achtung und Schicksalsverbundenheit im Volk werden von ganz bestimmten Inhalten des christlichen Glaubens ausdrücklich bejaht und begründet, jedoch nicht unter Preisgabe, sondern durch die Herausstellung seines Öffentlichkeitscharakters. Während des „Dritten Reiches“ haben sich evangelische und katholische Christen aufgrund ihres religiösen Glaubens zusammengefunden zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen den verbrecherischen Mißbrauch staatlicher Gewalt. Dieses verantwortungsbewußte Handeln für Volk und Staat im extremsten Notfall, das der Nation historisch zur Ehre gereicht, ist die Frucht einer politischen Erziehung im christlichen Geist.

Unsere innerste, aber doch auch politisch wirksam werdende Spannung zum Säkularismus des modernen Zeitgeistes besteht darin, daß wir im Protest gegen die Relativierung, Psychologisierung und Soziologisierung christlicher Glaubensinhalte daran festhalten, daß die christliche Offenbarung auch unser Verhältnis zu Volk und Staat objektiv entscheidend bestimmt.

Der Wesenskern unserer politischen Existenz

Für uns werden weder Römer 13 — „Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet“ — noch Apostelgeschichte 5 — „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ — jemals antiquiert sein. Und wir haben als Christen die Pflicht, das öffentliche Wissen und Gewissen dafür wachzuhalten, daß in diesen Bibelworten nicht bloß subjektive und individuelle Religiosität zum Ausdruck kommt, sondern daß darin der Wesenskern unserer politischen Existenz enthüllt wird. Staatliches Leben hat es immer mit Macht und Gewalt zu tun. Politik besteht auch in der modernsten parlamentarisch geordneten Demokratie in der Teilhabe an der Verwaltung von Macht, in der Mitverantwortung für die Ausübung obrigkeitlicher Funktionen.

Der Christ weiß, daß er darin einer Ordnung Gottes, des Vaters Jesu Christi, begegnet. So erkennt er den teuflischen Charakter jeder Anarchie und die Wohltat geregelter Machtverhältnisse. Er weiß, daß er zugleich Gott dient, wenn er politisch verantwortlich handelt. Politische Mitverantwortung wahrnehmen — und das geschieht schon im Mitdurchdenken staatlicher Probleme, im ernstesten politischen Gespräch und in der Beteiligung an politischen Wahlen — ist die neuzeitliche Form, durch die wir der Weisung des Apostels folgen: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.“

Der christliche Glaube ist das sicherste, das einzig unzerstörbare Fundament staatsbürgerlicher Zuverlässigkeit. Er ist es gerade deshalb, weil er den Kadavergehorsam ausschließt und von der Versklavung unter willkürliche Gewaltherrschaft befreit durch den obersten christlichen Maßstab: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Die spezifisch staatlichen Aufgaben, nämlich die Verwaltung von Macht, die Verwirklichung von Gesetzen und die Anwendung des Rechtes notfalls mit Gewalt sind an sich durch göttliche Autorität sanktioniert. Die Menschen aber, welche diese Aufgaben wahrzunehmen und konkret zu gestalten und zu aktualisieren haben, unterstehen genau so wie wir alle der Herrschaft und den Geboten Gottes. Ein staatlicher Befehl befreit nicht vom Gehorsam gegen Gottes Auftrag, Gesetz und Gebot. Wohl aber bindet Gottes Gebot das Gewissen gegen ein vom staatlichen Gewalthaber verlangtes Unrecht. Gehorsam gegen Gott kann Ungehorsam gegen die Inhaber staatlicher Macht verlangen.

So wird der Staat durch den christlichen Glauben als Gottes Satzung bejaht, gleichzeitig aber kritisch davor geschützt, von Menschen vergötzt oder mißbraucht zu werden.

Der Staat — keine bloße Funktion der Gesellschaft

Wir dürfen nicht verschweigen, daß wir uns bei dieser Sicht des Staates eines unaufhebbaren Widerspruchs zu allen — auch in den eigenen Reihen — bewußt sind, welche im modernen Staat nichts anderes anerkennen wollen, als eine Ubereinkunft der Gesellschaft, ihre Angelegenheiten in einem bestimmten Umfange gemeinsam zu ordnen. Der Irrtum, der meint, den Staat als bloße Funktion der Gesellschaft begreifen zu können, beruht zuletzt auf einer Verwechslung des Bedienstetenapparates von Macht, Gewalt und Recht mit dem geschichtlichen Wesen des Staates selbst. Es ist eine der Wahnideen des Kommunismus, am Ende den Staat überflüssig machen und durch die Gesellschaft ersetzen zu können.

Grundlegend geändert, wirklich demokratisiert hat sich in der Neuzeit die Art und Weise, in der obrigkeitliche Aufgaben wahrgenommen und Personen zu deren Ausübung und Repräsentation bestimmt werden; konstant geblieben ist aber die entscheidende Tatsache, daß der Staat hoheitlich handelt und daß die staatlichen Entscheidungen das politische Schicksal der Bürger unausweichlich bestimmen, auch und gerade, wenn die Bürger aktiv demokratisch-parlamentarisch am Staatsleben mitwirken. Je bewußter und verantwortlicher der Einzelne an der „Politik“ teilnimmt, um so mehr wird er gewahrt, daß sie Dienst ist und nicht Willkür, Entscheidung verlangt und nicht als Rechenexempel aufgeht, eine Aufgabe ganz eigener Art darstellt und nicht aus anderen Lebensgebieten abgeleitet werden kann.

Verantwortung und Gewissen

In einem letztlich ernststen Sinne kann man von Verantwortung nur sprechen, wenn man eine klare Vorstellung von dem hat, dem man Rede und Antwort stehen soll. Eine klare Antwort kann nur gegeben werden, wenn eine Frage gehört und verstanden worden ist. Verantwortung gibt es nur einem inhaltlich bekannten Auftrag und einem als Autorität anerkannten Auftraggeber gegenüber.

In manchen Besinnungen über die Ethik gerade in unserer freien westlichen Welt wird existentielle Verantwortung nur in der Verantwortung vor dem eigenen Selbst, also als Selbstverantwortung gesehen. In solchen Besinnungen ist richtig erkannt, daß wahre Verantwortung freiwillige innere Bejahung verlangt und ihrem Wesen nach nicht von außen aufoktroiert werden kann. Verantwortung ist immer, wenn sie überhaupt wahrgenommen wird, im eigenen Gewissen verankert. Denn wo immer das menschliche Selbstbewußtsein noch eine beherrschende Mitte hat, da ist es das eigene Gewissen.

Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat heute verlangt zweifellos auch eine sorgfältige Vermittlung zeitgeschichtlichen Wissens und eine genaue Orientierung über die staatsrechtlichen und politischen Wesenselemente der parlamentarischen Demokratie. Das ist selbstverständlich, und daran wird mit großer Hingabe an unseren Schulen — und doch auch in den Familien — und im weiten Bereich der Erwachsenenbildung gearbeitet. Die Jugend wird nicht nur in der Technik der Wahrnehmung politischer Verantwortung z. T. hervorragend geschult, sie erfährt auch etwas von der geschichtlichen Hypothek, die auf Deutschland lastet, und bekommt Einblicke in das historische Soll und Haben unserer Nation.

Wir alle sollten uns aber durch diese notwendige und keineswegs erfolglose, sondern weithin verheißungsvolle politische Bildungsarbeit nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß Deutschlands geschichtliche Zukunft menschlich gesehen in letzter Tiefe davon abhängt, daß wir Deutschen um unseres Gewissens willen für unser Volk und unseren Staat leben und arbeiten.

Gefährliche Begriffsverwirrung

Wenn Paulus Römer 13,5 sagt: „Darum ist's not, untertan zu sein, nicht allein um der Strafe willen, sondern auch um des Gewissens willen“, so war diese Funktion des Gewissens, nämlich zum Dienst in der konkreten Gemeinschaft zu binden, auch zu Luthers Zeiten noch gänzlich unbestritten. Was bei Paulus „untertan sein“ „allein um der Strafe willen“ heißt, das bedeutet heute „politisches Handeln lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen und Opportunismus“. Diese in weiten und einflußreichen Kreisen als nüchtern und realistisch anerkannte Motivierung für die praktische Politik stellt keine tragfähige Grundlage für eine Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat dar. Und die weltanschaulichen Begründungen für Maßstäbe des politischen Wirkens und einer darauf hinizielenden Erziehung haben sich in der geistesgeschichtlichen Entwicklung der letzten beiden Jahrhunderte gegenseitig relativiert und dadurch völlig verbraucht, gleichgültig, ob sie im Idealismus oder Materialismus, Liberalismus oder Sozialismus ihre Wurzeln haben.

Wir sind in der Frage nach dem Fundament politischer Bildung zurückgeworfen auf den Menschen, und damit auf unser Selbst und unser Gewissen.

Es muß daher als eine große Gefahr, wenn nicht als ein Verhängnis erkannt werden, daß in jüngster Zeit der Begriff des Gewissens einer entsetzlichen Inflation ausgesetzt gewesen ist. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen und öffentlichen Erörterung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und in dem geistigen Ringen um die Problematik einer Verteidigung mit atomaren Waffen ist in Erscheinung getreten, wie uneinig wir Deutschen uns im Verständnis des Gewissens sind und welche diametralen Gegensätze und Feindschaften gerade durch die Berufung auf das Gewissen hervorgerufen werden und als unüberwindbar erscheinen können. Manche moderne Aussage über das Gewissen sieht in ihm in erster Linie die aktuelle Existenzregung aus der geheimnisvollen Mitte des einzelnen Individuums heraus, die an keinem objektiven Maßstab gemessen werden kann. Andere meinen, das Gewissen sei eine unmittelbare Offenbarungsquelle göttlicher Gebote und Befehle.

Es ist verständlich, daß im Zeichen solcher Begriffsverwirrung empfohlen wird, einige Jahre oder Jahrzehnte vom Gewissen zu schweigen und abzuwarten, welchen Sinn dieses Wort in Zukunft bekommen wird, wenn inzwischen Theologen, Psychologen, Philosophen und Anthropologen in aller Stille ihre Forschungen auf diesem Gebiet vorangetrieben haben werden.

Keine Suspendierung

Verständlich ist ein solcher Rat, aber er ist falsch und abzulehnen. Wir können und dürfen den Begriff „Gewissen“ nicht suspendieren oder auch nur „spezialisieren“ oder „verwissenschaftlichen“, weil wir alle zusammen und jeder Einzelne nur so lange und in dem Maße menschlich in Volk und Staat existieren, als wir „Gewissen haben wollen“. Wort und Sache des Gewissens in unserer ganz gewöhnlichen Umgangssprache müssen uns immer wieder konfrontieren mit dem unausweichlichen Spezifikum des menschlichen Daseins gegenüber der übrigen belebten und unbelebten Natur. Wir sollten unseren Gegnern nie das Gewissen absprechen, sondern uns gegenseitig beim Gewissen behaften. Dieses Spezifikum des Menschen hat der Nobelpreisträger Werner Heisenberg treffend mit folgenden Sätzen umschrieben:

„Die Entscheidung selbst ist notwendig, da es etwas geben muß, worauf wir uns verlassen können, einen Grundsatz, der unsere Handlungen leitet. Ohne einen solchen festen Standpunkt würden unsere Handlungen alle feste Kraft verlieren. Deshalb gehört es wohl zum menschlichen Leben, daß in irrationaler Weise eine wirkliche oder scheinbare Wahrheit oder oft eine Mischung von beiden die Lebensgrundlage bildet.“

Wir sollten als evangelische Mitglieder der CDU/CSU ein möglichst klares Bewußtsein davon haben, daß heute in der politischen Bildung entscheidend um diese sich „irrational“ bildende „Lebensgrundlage“ gekämpft wird, welche als Gewissensinstanz das sittliche und staatsbürgerliche Handeln in seine ihm bestimmten Bahnen lenkt.

Es ist das Gewissen — der Entscheidungscharakter unseres Lebens —, wodurch wir alle, Katholiken und Evangelische, Christen und Nichtchristen, Konservative und Liberale, Sozialisten und Antimarxisten, Positivisten und Agnostiker zugleich miteinander verbunden und durch unübersehbare Akzente voneinander unter-

schieden sind. Gerade in unserer Epoche mit ihrer sphinxartigen Gefahr gleichzeitiger Vermassung und Atomisierung der Gesellschaft muß der verbindende soziale Charakter des Gewissens deutlich erkannt und herausgestellt werden.

In jedem von uns meldet sich das Gewissen, wenn irgendwo auf der Welt das Menschentum verraten, besudelt und entstellt wird. Und das Erlebnis gemeinsamer Scham vertieft und verstärkt sich, wenn eine menschliche Untat im eigenen Volk oder gar in der eigenen Familie geschehen ist. Das Gewissen ist zwar das innerste Gericht im Einzelnen selber, dessen Urteilskraft und Autorität nicht zuletzt von der Reife, Würde und Selbstachtung des betreffenden Individuums abhängen; das individuelle Gewissen reagiert aber stets auch auf die Maßstäbe und Urteile, die in Volk und Staat und der den Einzelnen tragenden Gemeinschaft Gültigkeit haben. Normalerweise stellt das Gewissen sogar die stärkste Bindung dar zwischen Eltern und Kindern, Staat und Bürgern, Volk und Volksangehörigen, denn es unterstellt alle dem gleichen und allen auch bekannten und vertrauten Gesetz der gemeinsam bejahten Lebensgemeinschaft. Im Konflikt mit der ihn selbst tragenden Gemeinschaft kann sich der Einzelne legitimerweise nur auf sein Gewissen berufen, wenn seine Gegner das gemeinsam anerkannte Gesetz gebrochen oder verraten haben, oder wenn er um eines höheren Gesetzes willen, durch Gottes Gebot, zum Handeln ohne Rücksicht gezwungen ist. Wer in Wahrheit aus Gründen des Gewissens gegen seine Familie, sein Volk und seinen Staat handelt, der wird alle Folgen seiner Tat auf sich nehmen, weil sein Gewissen ihn nur dadurch von seinen „gewöhnlichen“ Bindungen befreit hat, daß es ihn in höhere und unwiderstehlichere Bindungen hineingenommen hat. Jede Tendenz zur Rückversicherung macht die Berufung auf das Gewissen schlechthin unglaublich. Genauso ist die grundsätzliche Leugnung verbindlicher Ansprüche von Familie, Volk und Staat an den Einzelnen unvereinbar mit der Behauptung, unter dem Befehl des Gewissens zu existieren. Es gibt — jedenfalls in der Theorie — den schrankenlosen Individualismus und Aktualismus, dabei tritt aber nicht das Gewissen, sondern die Gewissenlosigkeit in Erscheinung.

Wider jede religiöse Verketzerung

Man hätte meine Ausführungen mißverstanden, wenn man in ihnen eine Polemik gegen die Gesetzgebung zum Schutze der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen erblicken würde. Ich bejahe diesen Rechtsschutz als Verwirklichung der Toleranz in unserem freiheitlichen Rechtsstaat. Nach meiner Überzeugung liegt hier auch eine seelsorgerische Aufgabe der Kirchen vor, die sie wahrnehmen. Allerdings polemisiere ich gegen die zeitweise ziemlich lautstarke kleine Gruppe evangelischer Theologen, deren Verhalten den Eindruck von Propaganda für Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen macht.

Wir leisten einen evangelischen Beitrag in der Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat, wenn wir uns entschlossen gegen jede religiöse Verketzerung unseres Ja zur allgemeinen Wehrpflicht wenden. Wenn wir irrende Gewissen tolerieren und dem daraus entspringenden Verhalten sogar gesetzlichen Schutz angedeihen lassen, so dürfen wir doch nicht als gewissenlos hinstellen lassen, was in Wahrheit aus Gewissensbindung heraus geschehen ist und geschieht. Die Verteidigung der politischen Freiheit im äußersten Notfall auch mit der Waffe ist die schwerste Verantwortung in einem Volk und Staat unserer Zeit. Die Vermeidung des Krieges durch die Erhaltung der Freiheit im Frieden mit

dem Mittel ernster Verteidigungsbereitschaft stellt die Bewährungsprobe für das staatsbürgerliche Verhalten unserer Generation dar.

Hinführung zum Glauben

Wie soll diese Probe bestanden werden können ohne Weckung und Tröstung der Gewissen durch Gottes Gesetz und Evangelium?

Wie soll diese Probe bestanden werden können ohne Bejahung von Volk und Staat als Gottes Gabe und Aufgabe für uns?

Wie soll es Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat geben können ohne Begegnung der Jugend mit Gottes Offenbarung in seinem Wort?

Genau wie Luther in seinem Sendschreiben von 1524, so sollten auch wir heute bescheiden und nüchtern dafür eintreten, daß die ganz normale Leistung der Schulen, nämlich Kenntnisse, Fähigkeiten und Charakterbildung zu vermitteln, als ihr entscheidender Beitrag für die Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat anerkannt wird. In unserer Zeit müssen wir darüber hinaus selbstverständlich speziell politische Bildung und staatsbürgerlichen Unterricht betreiben.

Was uns aber als evangelische Christen auf dem Felde der Politik heute unter dem Thema: „Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat“ alarmieren muß, das ist die gegenüber Luthers Zeit völlig veränderte religiöse Grundsituation. Unser Volk, besonders der evangelische Volksteil, ist in Gefahr, im Prozeß der Säkularisierung die Bedeutung des christlichen Heilsgeschehens für Volk und Staat aus dem Blick zu verlieren. Wir können für die Erziehung zur Verantwortung in Volk und Staat — zusätzlich zu dem, was bereits geschieht — gegenwärtig nichts Bedeutsameres und Vordringlicheres tun, als hinzufügen zum evangelischen Glauben in all seinen Lebensbezügen.

Innere Freiheit zu positiver Toleranz

Wer sich darum konkret auch in kulturpolitischer Arbeit bemüht, der wird gewahr werden, was alle Parteien in der politischen Bildungsarbeit miteinander verbindet und wo in der Praxis unsere Gegensätze zum Liberalismus und Sozialismus liegen. Er wird ferner erfahren, daß sich unsere politische Verbundenheit mit den Katholiken in einer Partei auch kulturpolitisch nur so lange und so weit bewährt, als wir uns unseres Auftrages von der eigenen Konfession her klar bewußt sind. Dann können wir gemeinsam für das Elternrecht eintreten — trotz unterschiedlicher Auffassungen von der Konfessionsschule. Dann vermögen wir uns gemeinsam dem Säkularismus entgegenzustemmen — trotz sehr verschiedener Beziehungen zur organisierten Kirche und zu ihren Ämtern. Dann anerkennen wir gemeinsam die Herrschaft des geoffenbarten Gottes über Staat und Volk und lehnen deshalb sowohl ihre Negierung als auch ihre Vergötzung ab — trotz unterschiedlicher Erkenntnisse von den Ordnungen der Gesellschaft und von der Beziehung zwischen dem Glauben und den Werken.

Die politische Zusammenarbeit katholischer und evangelischer Christen in der gemeinsamen Verantwortung für Volk und Staat lebt von der inneren Freiheit des christlichen Glaubens zu positiver Toleranz. Wir müssen in unserer eigenen Partei verwirklichen, was darzustellen für Volk und Staat in der Neuzeit unabweisbare Aufgabe ist: eine lebens- und aktionsfähige Gemeinschaft ohne Wissenszwang gegenüber unterschiedlichen letzten Bindungen in Verantwortung vor Gott und der Welt.

DIE UNION ALS GRUNDLAGE DEUTSCHER NEUORDNUNG

Referat auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB, Wuppertal

Jeder von Ihnen hat eine höchst persönliche und lebendige Erinnerung daran, wie er seine Union, seine Vereinigung mit der Christlich-Demokratischen Union vollzog, wie er sich ihr einverleibte. Viele von Ihnen werden das ganz bewußt als evangelische Christen getan haben, um sich in gemeinsamer Verantwortung mit katholischen Christen der Neuordnung unseres politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland zu widmen. Ich hatte im Juli/August 1945 die Christlich-Demokratische Partei in Wuppertal mitgegründet. Ich wurde gebeten, zur Gründung der rheinischen Landespartei am 2. September 1945 das zentrale Referat über das gemeinchristliche Anliegen einer christlich-demokratischen Partei zu halten. Wir trafen uns in den Trümmern des Kolping-Hauses in der so tief verwundeten Stadt Köln, die in ihrem Gesicht fast nicht mehr wiederzuerkennen war. Etwa 80 Menschen waren aus allen Teilen des Rheinlandes gekommen, obwohl es keine Unterkunftsmöglichkeiten gab und kaum öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung standen. Ich sprach damals als ein nahezu unbekannter evangelischer Mann in dieser sicherlich weit überwiegend katholischen Versammlung. Aber es ergab sich vom ersten Augenblick an ein so tiefgreifendes Einvernehmen, ein so selbstverständliches Vertrauen, eine solche Bereitschaft, auf dem in dieser Stunde gewonnenen gemeinsamen Verständnis weiter aufzubauen, daß heute nicht allein rational begriffen und begreiflich gemacht werden kann, was sich eigentlich in dieser ersten Stunde der Einigung mit uns vollzog.

Am Nullpunkt ohne Hoffnung

Wir begannen schlechthin an einem Nullpunkt ohne irgendeine politische Hoffnung. Es eröffnete sich nicht einmal die wirtschaftliche Chance, aus den Trümmern heraus etwas zu gestalten. Die Sieger waren zunächst noch in Morgenthau-Ideologien befangen und glaubten, im Wege der Demontage das Vernichtungswerk erst noch vollenden zu müssen. In die Ruinen der Ausgebombten strömten die Vertriebenen und die Flüchtlinge. Die sozialen Schwierigkeiten verschärften sich von Tag zu Tag. Das Wort „Union“ als Bestandteil des Namens unserer Partei war damals im Westen noch unbekannt. Es kam erst später, Monate später als Name der Partei in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone auf uns zu. Es besiegelte, was sich vollzogen hatte: Die Vereinigung als Einigung war Ereignis geworden.

In der Stunde des Beginns fehlten die bekannten Namen der Großen, die sich im politischen Leben bereits bewährt hatten. Auch Dr. Adenauer fehlte damals noch in unserem Kreise. Am selben Abend beschlossen wir, einen kleinen Ausschuß zu ihm zu entsenden — ich hatte die Ehre, diesem Vierer-Ausschuß anzugehören —, um ihn zu bitten, mit uns zusammenzuarbeiten. Wenige Wochen vorher hatte die englische Besatzungsmacht ihn als Oberbürgermeister der Stadt Köln eingesetzt. Er war einer der wenigen Deutschen, die vom ersten Augenblick an Gelegenheit hatten, auf die Gestaltung der Dinge Einfluß zu nehmen. Aber aufs Ganze gesehen wurde all das Vordergründige des politischen Tuns, was uns heute so restlos ausfüllt, daß wir nicht die Zeit zur Besinnung finden, damals für uns durch andere, eben gerade durch die Mitglieder der Besatzungsmacht erledigt. Existentiell waren wir auf ein Maß reduziert, das uns heute überhaupt unvorstellbar erscheint. Aber es erfüllte uns das Bewußtsein der Notwendigkeit, d. h. auf den Glauben geworfen, berufen zu sein, einen neuen Grund für eine

neue deutsche Lebensordnung zu legen. Wir redeten nicht von der Einheit, sondern wir trachteten leidenschaftlich danach, uns zu einigen, und die, die uns mit Mißtrauen begegneten, zu überzeugen.

Zwietracht durch Jahrhunderte

Der geistigen Zwietracht als Erbe der deutschen Geschichte gab es auch in dieser Stunde des Anfangs, weiß Gott, genug: Die Glaubensverschiedenheit durch vier Jahrhunderte mit schwersten Auseinandersetzungen hatte ja nicht nur die im kirchlichen Raum unentschiedene Wahrheitsfrage zum Gegenstand. Sie hatte tief hineingewirkt in die allgemeine Geschichte der politischen Gestaltung, der soziologischen und wirtschaftlichen Beziehungen und der geistigen und humanitären Struktur unseres Volkes. Politisch sei nur erinnert an die Stichworte: Preußen — Österreich, Klein- und Großdeutschland, oder an einen Begriff wie die Main-Linie. Die wirtschaftliche und soziologische Ausprägung der Glaubensverschiedenheit hat niemand besser als Max Weber in seinen einschlägigen Studien dargelegt. Und was die geistigen und humanitären Strukturen angeht, so bedarf es nur einiger Schlagworte wie deutscher Idealismus, Liberalismus und Solidarismus, um anzudeuten, welche unterschiedliche Rollen damit im evangelischen und katholischen Bereich gekennzeichnet wurden.

Dieses Gefüge vollzogener Ideengeschichte lag auch an diesem Nullpunkt noch völlig im Bereich unseres Bewußtseins. Aber es trug nicht mehr angesichts unserer eigenen Geschichtserfahrung: des Zusammenbruchs des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des vom Mythos her beschworenen sogenannten Dritten Reiches. Der Feuerofen der Zusammenbrüche hatte nicht nur die Verzerrungen an den von unseren Vätern errichteten Bauten abgeschmolzen, sondern darüber hinaus deren Material zertrümmert und umgeschmolzen, zusammengeschmolzen: Die Einigung war nicht unser Werk, sie war mit uns geschehen; die Tatsachen überkamen uns als die Gnade des Nullpunktes.

Ideologische Gespenster der Vergangenheit

Wir Älteren erinnern uns noch an den die ganze Existenz der Weimarer Republik vergiftenden Symbolstreit zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold, in dem die ungelösten geschichtlichen Spannungen Deutschlands in einer Verzerrung ohnegleichen ausgetragen wurden. Säkularisierter Konfessionalismus hatte daran einen nicht geringen Anteil. Es handelte sich dabei um viel mehr als die überall in der Geschichte wirksame Spannung zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften. Der Riß ging tief durch die verschiedenen Gruppen. Die alldeutschen Ultras rangen mit den Volkskonservativen, der Rechtsliberalismus mit dem Linksliberalismus, der Konservative des Zentrums mit dem Mönchengladbacher, ja selbst in der Sozialdemokratie — sieht man einmal von dem ständigen Kampf zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen ab — gab es so etwas wie eine evangelisch-schwarz-weiß-rote rechtsorientierte Gruppe, als deren Vertreter etwa August Winnig genannt werden könnte. Heute mutet uns das alles schon an wie ein Spukhaus ideologischer Gespenster, wenn auch gelegentlich heute noch ein solches Gespenst unter uns zu wirken versucht. Von all diesen Gespenstern hatte Hitler sein gutes Teil abbekommen oder sich genommen. In seiner ideologischen Hexenküche verrührte er es

staltet werden, wenn die in der katholisch-kirchlichen Soziallehre aufgewachsenen Parteifreunde nicht manchmal wie selbstverständlich ihr scholastisches Denken und die diesem Denken entstammende Terminologie in die gemein-christlich orientierte politische Partei überführen würden. Dabei soll und darf nicht verkannt werden, daß manche katholische Orientierung auf dem gemeinsamen Weg außerordentlich hilfreich gewesen ist. Viele evangelische Christen werden lernen müssen, daß man eine katholische Formulierung nicht einfach deshalb verwerfen kann, weil sie nun einmal aus dem katholischen Raum stammt. Auch hier gilt das Wort der Heiligen Schrift: „Prüfet alles, und das Gute behaltet.“ Daß wir heute zu einer so breit angelegten Gemeinsamkeit von evangelischen und katholischen Kräften im politischen Raum durchgefunden haben, hat seinen entscheidenden Grund sicher in der am Anfang stehenden Begegnung, die tief genug war, um auch weit genug zu sein.

Adenauer machte das Tor weit auf

Wenn sich der Katholizismus nach der evangelischen Seite öffnete, so bedeutete das für ihn ja nicht nur, den gläubigen Protestanten als Mitstreiter zu gewinnen; es bedeutete für ihn zugleich auch die Hereinnahme des konservativen und liberalen Elements in die Fundamente der Union. Der Protestant wurde ja als politischer Mensch angesprochen. Ich erinnere mich gern der frühen Besprechungen, insbesondere mit unserem damaligen rheinischen Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Adenauer, um die Formulierungen unseres rheinischen Programms und des Zonenprogramms. Er war es, der in seinem untrüglichen politischen Instinkt aus der Tiefe in die Weite vorstieß und sich sehr bewußt gegen einengende Formulierungen in der politischen Programmatik wandte. Gegen evangelische und katholische Enge setzte er es durch, das Tor weit aufzumachen. Er gewann damit nicht nur die auf Toleranz von Natur geradezu angelegten rheinischen Menschen, sondern z. B. auch die Hamburger, mit denen sich nur in Freiheit zusammenleben läßt, ohne totalitär ideologische Ansprüche, und seien sie auch christlich eingekleidet.

Die konservativen Kräfte

In der praktischen politischen Gestaltung haben katholische und evangelische konservative Kräfte aufgeschlossener Art verhältnismäßig leicht zueinander gefunden. Das mag weithin dem Mangel an geschichtlichem Denken, der geradezu ein Kennzeichen unserer Epoche ist, zu danken sein. Aber die Aufgabe gerade im konservativen Bereich bleibt, die Gemeinsamkeit gelebter und bewährter Geschichte zu erfahren. Ohne das bewahrende Verständnis dessen, was uns geformt, getragen und gestärkt hat, wird uns eine positive Gestaltung von Gegenwart und Zukunft auf die Dauer kaum möglich sein. Der grobe Mißbrauch aller Äußerlichkeiten in der nationalsozialistischen Zeit hat uns jedenfalls davor bewahrt, der Tradition äußerer Formen, insbesondere im militärischen Bereich, ein Gewicht einzuräumen, das sich der Einigung hätte hindernd in den Weg stellen können. Die besten Kräfte evangelisch-konservativer Herkunft wird man jedoch auf lange Sicht zu wirklich positiver Mitarbeit wohl nur aufschließen können, wenn man im Verständnis unserer deutschen Geschichte auch ihrer preußischen Wurzel gerecht wird.

Das liberale Erbe

Mit Freimut können wir auch das liberale Erbe in unserem Volke positiv ansprechen. Verfassungsleben, menschliche Grundrechte und Freiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit sind heute von so selbstverständlicher Allgemeingültigkeit, daß sie als schwerer kämpfte Freiheiten der großen Liberalen des 19. Jahrhunderts überhaupt

nicht mehr gewürdigt werden. Darüber hinaus aber ist etwas Entscheidendes in unseren eigenen Reihen gelungen: nämlich die Union selbst unter Ablehnung jeden Fraktionszwanges zu einem Raum freiheitlicher Lebensordnung zu gestalten. Und hier in Hamburg, am Tor zur überseeischen Welt, hat das liberale Erbe Deutschland besonders geprägt. Wo hätte die Tendenz, autarke Bestrebungen der Selbstisolation zu durchbrechen, stärker sein können als an einer Flußmündung, die zum Austausch mit der Welt geradezu drängt. Liberalen Kräften in unserer Partei verdanken wir die Befreiung unseres Volkes in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung aus der Beschränktheit sozialistischer und nationalwirtschaftlicher Zwangsvorstellungen zu selbstverantwortlicher Initiative. Wo ständen wir heute, ohne die zielklare Wegweisung und die zähe Verwirklichung des Programms der sozialen Marktwirtschaft, ohne Bundeswirtschaftsminister Erhard?

Gerade Erhard ist Beispiel und Vorbild dafür, daß diese Weite der Freiheit nur da möglich ist, wo eine letzte Bindung in der Tiefe vorhanden ist. Er scheint ein Pragmatiker zu sein. Vieles auf seinem Gebiet läßt sich ganz sicher auch nur unter reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten tun. Aber ihm glaubt man auch, daß das, was er tut, von der Zweckmäßigkeit her bestimmt ist, und nicht von der Bindung an irgendein privilegienbeanspruchendes Interesse. Seine Tapferkeit, mit der er sich immer wieder gegen alle Übergriffe mächtiger Interessengruppen zur Wehr setzt, und zwar mit Erfolg zu Wehr setzt, ist ein Zeichen seiner Bindung an die tiefste Schicht, aus der die Union der so vielfältigen Kräfte lebt: Dienst für den Menschen um seiner selbst willen in der Verantwortung vor Gottes Geboten. Er spricht nur ganz selten und in ganz vorsichtigen Formulierungen davon, weil er in dem uns anstehenden, nüchternen Realismus die Phrase und das Pathos scheut. Ich glaube, in dieser Stunde einmal offenbaren zu sollen, was er selbst mir unter vier Augen vor einigen Wochen gesagt hat. Dieser in gewisser Hinsicht mächtigste Mann der deutschen Wirtschaft besitzt nicht eine einzige Aktie, und zwar ganz bewußt, um von vornherein auch dem geringsten Interessenkonflikt aus dem Wege zu gehen. Es genügt nicht, daß sich jemand liberal nennt. Es kommt darauf an, daß er wahrhaft frei ist, und erst das „Frei wovon und wozu“ entscheidet über seine Vollmacht. Erhard ist ein wahrer Liberaler, weil er frei genug ist oberhalb seiner und anderer legitimer Interessen, unser aller wirtschaftliche und soziale Freiheit zu wahren. Deshalb ist er auch der nächstberufene nach dem Bundeskanzler. Solche vorbildliche Liberalität braucht jeder von uns in der CDU/CSU täglich, sei er nun Protestant oder Katholik. Für solche Liberalität steht unsere Partei weit offen.

Kein „Eintopf“ — eine sehr menschliche Partei

Diese Liberalität bewahrt uns zugleich auch davor, daß unsere Partei einen „Eintopf“ anrichtet oder zum „Eintopf“ wird. Manche in unseren Reihen kritisieren uns, indem sie irgendeines ihrer politischen Ziele ansprechen mit dem Hinweis: „Ihr habt doch die Mehrheit, macht doch Gebrauch davon!“ Abgesehen davon, daß es mit Rücksicht auf das Zusammenleben mit dem politischen Gegner in einem Staatswesen manchmal geboten sein kann, von einer Mehrheit keinen uneingeschränkten Gebrauch zu machen, wird von solchen Parteifreunden vergessen, daß wir eben keine kommandierte Partei und auch kein „Eintopf“ sind. Denn auch wir in der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union sind in einer gewissen Hinsicht nur ein Abbild unserer pluralistischen Gesellschaft. Dieser Tatsache, nämlich dem Plural, verdanken wir ja die Mehrheit. Das aber bedeutet, daß diese Partei ohne Fraktionszwang sich immer wieder in sich nicht nur unter vielfältigen Interessensgesichtspunkten, sondern auch in der gemeinsamen Grund-

lage einigen muß. Das kann sie manchmal schlechterdings nicht. Sie kann es vielleicht nicht, weil das anstehende Problem noch nicht reif ist, oder weil die Einsicht der mit dem Problem befaßten Menschen begrenzt ist, oder weil diese Menschen gar in ihrer Unzulänglichkeit zu einer Lösung in diesem Augenblick einfach nicht fähig sind. Wir sind nämlich eine sehr menschliche Partei.

Weil wir das von unserem christlichen Grunde her sind, können wir auch nicht das Blaue vom Himmel herunter versprechen wie die SPD, deren utopisch-ideologischer Charakter eben auch dann noch aus allen Knopflöchern schaut, wenn sie glaubt, sich weitgehend den Realitäten angepaßt zu haben. Aber auch die Besorgnisse des Herrn Mende und seiner Partei sind deshalb völlig fehl am Platze: die absolute Mehrheit könne uns zur Totalität verführen, daher sei er der Berufene, uns den Weg zu verlegen; die CDU dürfe die absolute Mehrheit nicht erhalten. Wir sind der Meinung, daß ein Pferd zum Reiten da ist, und nicht, wie Herr Mende meint, um nebenherzulaufen. Daher rufen wir mit Schiller: „Frisch auf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd, ins Feld, in die Freiheit gezogen . . .“ Und Herrn Mende überlassen wir es dann gern, nebenher zu laufen. Wir können ihm versichern: Wir werden schneller sein! Es ist durchaus begreiflich, daß er mehr Macht gewinnen möchte, als der Bedeutung seiner Stimmen entspricht. Aber es bedarf keines Züngleins an der Waage. Der freiheitliche Lebensraum unserer Partei hat sich als so lebendig und so großzügig erwiesen, daß jeder wahrhaft Liberale, der sich den elementaren Gemeinschaftsbedürfnissen ein- und unterzuordnen weiß, auch in unserer Partei zu seinem vollen Lebensrecht kommen kann. Es muß die Aufgabe des deutschen Protestantismus sein, zu verhindern, daß eine kleine desorientierte, sich nur noch aus Tradition liberal nennende Partei, ohne tiefere innere Berechtigung, zum Zünglein an der Waage werden kann. Warum?

Überwindung des Restzentrums

Als sich der politische Katholizismus 1945 entschied, sich nach der evangelischen Seite zu öffnen, gelang es ihm zunächst nicht, den gesamten Block im Zentrum verwurzelter Menschen in Deutschland auf die Seite der CDU/CSU zu ziehen. Es gab ein Restzentrum, das einige Jahre lang mit nicht geringem Erfolg, wenigstens in Nordrhein-Westfalen, die Rolle des Züngleins an der Waage spielen konnte. Manche der ressentimentgeladenen Protestanten haben darin eine Bestätigung für die taktische Rolle des politischen Katholizismus gesehen, der nach ihrer Meinung versuchte, mit Hilfe einer kleinen, aber ausschlaggebenden rein katholischen Gruppe diejenigen Dinge für den Katholizismus durchzusetzen, die sich mit der CDU/CSU nicht durchsetzen ließen. Die weitsichtigen katholi-

schen Führungskräfte der CDU/CSU aber haben selbst dafür gesorgt, daß dieses taktische Spiel nicht gespielt werden konnte. Gibt es einen überzeugenderen Beweis dafür, daß es sich in der Union um eine von der Sache her orientierte Gemeinsamkeit handelt? Im Verhältnis zu einem protestantischen Liberalismus kann und muß dasselbe gelten.

Das „C“ als unaufgebbares Siegel

Im Vorstadium der Gründung der CDU/CSU gab es zur christlich orientierten Partei eine viel erörterte Alternative: die bürgerliche Sammlung. Aber es zeigte sich, daß sie sich im wesentlichen nur an Anti-Affekten orientieren ließ, an einem Anti-Sozialismus und Anti-Kommunismus. Ein wirklich positiver, integrierender Faktor, der Faktor der Einigung, der unio, fehlte dieser Alternative. Sie wäre nur die große Gelegenheit geworden, den alten Gespenstern wieder zum Leben zu verhelfen. Daß diese Gespenster keine Chance mehr haben, das ist in den letzten 15 Jahren an den mannigfach versuchten und mißglückten Parteigründungen auf der rechten und der linken Seite zur Genüge deutlich geworden. Manche mögen vielleicht heute den Eindruck haben, daß die damalige Alternative gar keine echte Alternative gewesen sei, daß sich ja inzwischen erwiesen habe, daß aus der christlich orientierten Partei eine Partei der bürgerlichen Sammlung geworden sei. Wenn dem so wäre, so müßte ein deutliches Warnungszeichen aufgezo-gen werden. Dann wären nämlich Sinn und Wesen der Union aufgehoben.

Zum Wesen der Union gehört, daß der breiten Oberfläche auch eine Dimension der Tiefe entspricht. Diese Dimension der Tiefe muß immer ausgelotet werden. Das tun wir sicherlich nicht genügend und nicht oft genug. Wo wir es nicht tun, tun es hoffentlich unsere Gegner mit uns, indem sie uns bei dem „C“ unseres Namens anpacken. Zuweilen tun es unsere Gegner sicherlich böswillig, indem sie versuchen, uns mit Mißdeutungen und Unterstellungen zu provozieren. In jedem Falle ist es gut, darauf zu hören. Wir können nicht genug Gelegenheiten wahrnehmen, uns von unserer Tiefenschicht her und, wenn nötig, durch unsere Gegner provozieren zu lassen. Es gibt auch unter uns genug Nur-Taktiker, Nur-Pragmatiker, Nur-Anbeter der Macht und Genießer der eigenen Publizität. Wer wollte das leugnen! Wer wollte leugnen, daß er selbst als Politiker immer wieder dahin versucht würde! Das „C“ ist eine wirklich ärgerliche Sache für unsere Gegner, aber manchmal auch für uns. Aber es ist das unabwiesbare, das unaufgebbare Siegel unserer Gemeinschaft in der Tiefe — dieses uns alle umschließende, uns mahnende, richtende, aufrichtende und stärkende „C“. Es ist die Grundlage unserer Neuordnung gewesen. Es wird auch das Unterpfand unseres Sieges von morgen bleiben.

KOMPROMISS MIT DER SPD?

Referat auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Der eigentliche Sinn einer Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wird nur erfüllt, wenn sie etwas für die Besinnung auf das Grundsätzliche leistet. Obwohl Sie, meine Zuhörer, vielleicht Polemik hinter meiner Fragestellung zu wittern vermeinen, geht es dennoch um etwas Grundsätzliches.

Wir haben das Glück gehabt, beinahe 12 Jahre die Bundespolitik in klarem Gegenüber, ja Gegeneinander von Regierung und Opposition führen zu können — so als ob es von vornherein eine klare Regierungsmehrheit und eine ebenso klare Opposition gegeben hätte.

Glück — sage ich nicht etwa, weil unsere Partei dabei die Regierung führte — so als ob es etwa um das Glück oder Unglück der CDU/CSU ginge —, sondern Glück für den Staat, für die parlamentarische Demokratie, die mit einer neuen Anschauung von kraftvoller demokratischer Regierung für sich werben konnte. Und gerade diese Anschauung war bitter nötig für die, die noch die Weimarer Parteienzersplitterung mit ihrer parlamentarisch-demokratischen Ohnmacht in Erinnerung hatten.

Glück? — Ich spreche zunächst nicht von dem Inhalt dieser Politik. Wollte ich aber vom Inhalt sprechen, so wäre

dann ebenso bescheiden wie entschieden zu erklären, daß der im Kampf mit der Opposition errungene Inhalt unserer Politik selbstverständlich auch die Bezeichnung „glücklich“ verdient — wenn man als „Glück“ die Chance erkennt, den begonnenen Neubau zu vollenden und ihn dauerhaft zu gestalten als es z. B. der Weimarer Staat gewesen ist.

Wenn klarer Kontrast von Regierung und Opposition ...

Sie werden einwerfen: Gibt es nicht nur unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts mit seiner zwangsläufigen Beschränkung auf zwei oder höchstens drei Parteien von vornherein klare Mehrheitsverhältnisse für Regierung und Opposition? Der Einwand ist berechtigt. Wir haben in der Bundesrepublik ein reines Verhältniswahlrecht, wenn auch in einer durch ein Stück Personenwahl charakterisierten Abart, ein Wahlrecht, das jeder Gruppe, die 5 Prozent im Durchschnitt übersteigt, den Eingang in den Bundestag verschafft. Dieses Wahlrecht werden wir voraussichtlich als Typ behalten — also auf Sicht keine Chance haben, die der der englischen Demokratie vergleichbar wäre.

Und trotzdem: Die Regierungen von 1949, 1953, 1957 waren dadurch gekennzeichnet, daß sie im Effekt zu dieser klaren Gegenüberstellung von Regierung und Opposition führten — daß also wie in einem Zwei-Parteien-System regiert werden konnte. Das war nur möglich, weil diese Regierungen unter Führung der CDU/CSU politisch verwandte, in ihrer Zielsetzung verwandte Gruppen zur Regierungsarbeit zusammenschlossen. Also: Keine unglückselige Konzentration von Mittelparteien, die dann auf beiden Seiten überflügelt werden, sondern die Zusammenfassung aller Kräfte der einen Parlamentsseite gegenüber allen Kräften der anderen Seite, die Herstellung einer Balance im Parlament, die Integration sowohl der Regierung als auch der Opposition, die Mobilisierung aller politischen Potenzen durch Gegenüberstellung und öffentliche Konkurrenz.

... dann eindeutige Entscheidung des Wählers

Die wohlthätigen Wirkungen dieses Systems und dieser Konstellationen liegen auf der Hand: Die politische Auseinandersetzung bei uns ist lebhaft, intensiv, fruchtbar — die Vergleichsmöglichkeiten sind einzigartig, die Kritik blüht, der Leistungsansporn ist wirksam und nachhaltig, Korruption und Ämterpatronage sind vergleichsweise minimal. Zum ersten Male in Deutschland eine blühende parlamentarische Demokratie! Aber wie steht es mit einem Wechsel der Regierung? Nun, dieser Wechsel ist nichts als eine Frage der Mehrheitsverhältnisse. Über ihn entscheidet daher ausschließlich der Wähler. Er allein ist berufen, die Gewichte zu verlagern. Und er würde das mit Sicherheit tun, wenn ihm die Regierung nicht mehr gefiele. Diese Art von Wechsel gab es auf kommunaler und auf Landesebene in den letzten Jahren wiederholt. Dabei ist die SPD in zahlreichen Fällen der Gewinner gewesen.

Manchen Leuten ist die Regierung im Bund zu dauerhaft. Manche lieben den Wechsel nur des Wechsels wegen — das ist schwerlich ein ausreichendes Argument. Der Opposition dauert verständlicherweise jede Regierung zu lange. Das ist ihr gutes Recht. Ich wage aber die Vermutung zu äußern, daß z. B. die Hamburger Sozialdemokraten auch dann eine SPD-Regierung in Hamburg noch für angemessen und richtig halten werden, wenn sie zum zwanzigsten Male gebildet werden sollte. Sicher aber werden die Sozialdemokraten in Hamburg im kommenden Herbst wieder eine SPD-Regierung bilden wollen, wenn sie das können. Die Demokraten in USA waren länger als zwei Jahrzehnte an der Regierung, bis die Republikaner sie vorübergehend ablösten. Die CDU/CSU im Bund ist also im Weltmaßstab und im Weltvergleich ge-

sehen erst ein Anfänger — wie andererseits z. B. die Sozialdemokraten in Schweden bereits als Fortgeschrittene bezeichnet werden können.

Warum lesen wir also so viel davon, daß die Sozialdemokraten, wenn sie schon nicht als Mehrheitspartei die Regierung zu bilden hätten, doch in die Regierung hinein müßten? Das wird verschieden begründet. Die einen meinen, Chruschtschow werde es nicht gerne sehen; deswegen sei es richtig. Nun, ich glaube Chruschtschow interessiert zunächst, wie man die Deutschen dazu bringen, überreden oder zwingen kann, seine sogenannten Friedensbedingungen anzunehmen. Er hat wenig Grund zur Annahme, daß die SPD in einer CDU-geführten Regierung seinen Wünschen bereitwilliger entgegenkäme als bisher.

Gemeinsames Ja zu Staat und Verfassung ...

Wenn nicht Chruschtschow, was aber dann? Etwa der Gedanke, daß wir alle eine Familie sind? Oder die rührende Ermahnung, daß wir alle recht nett zueinander sein müssen? Das sind am richtigen Platz jeweils sehr nützliche Ermahnungen. Was sollen sie uns aber für Regierung und Regierungsbildung? Nein, wenn wir nur eine Familie sein wollen, alle recht nett zueinander sein wollen, dann könnten wir uns den umständlichen parlamentarisch-demokratischen Regierungsbetrieb sparen und zu einem mehr patriarchalischen System übergehen. Dafür würden nämlich diese Maximen, wenn sie politisch gemeint sein sollen, besser passen.

Oder die Vorstellung, daß die Zeiten härter würden, daß mehr Opfer verlangt würden und daß dann eine noch breitere Regierung wirkungsvoller wäre? Ich halte alle diese Vorstellungen für schlecht durchdacht, falsch, ja im tiefsten kleingläubig gegenüber einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie. Warum? Ich will zunächst ganz klar die Ausnahme nennen: den Fall des Krieges. In diesem Augenblick würde nicht mehr um die beste Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gerungen, sondern um das Leben gekämpft. Dann tritt die Bedeutung des Parlaments als Gesetzgebungs- und Regierungskontroll-Organ stark zurück; dann kann die „Regierung aller“, also eine um Angehörige der Opposition verbreiterte Regierung — wie unter Churchill in Großbritannien kritischsten Tagen — einen Nutzen für die Nation haben, zumal dann Wahlen entfallen.

... bedeutet nicht gemeinsame Regierung

Aber vom Krieg abgesehen? In diesem Zusammenhang werden zwei Fälle genannt: eine neue Berlin-Krise und Grenzregelungsfragen, wobei das Stichwort „Oder-Neiße“ auftaucht. Was ist von solcher Erwägung zu halten? Es gibt Gemeinsamkeit in der Politik auch ohne gemeinsame Regierung; das gilt für gewisse nationale und internationale Grundfragen. Bei uns wird häufig im Getümmel der Wortkaskaden übersehen, daß es diese Gemeinsamkeit ganz selbstverständlich auch bei uns gibt. Wo? Nun, trotz allem Streit über die Methoden der Außen- und Wehrpolitik, über ihre Wege, über das Maß unserer internationalen Bindung und internationalen Kooperation usw. gibt es hinsichtlich der Verteidigung dessen, was uns verblieben ist, doch eine Grundübereinstimmung selbstverständlichster Art. Ich will diese jetzt nicht weiter beschreiben, weil ihr das vielleicht nicht einmal bekömmlich wäre. Aber, Vaterlandsliebe im letzten Sinne ist nicht das Vorrecht dieser oder jener Partei, sie gehört zum Grundbestand des Lebens der politischen Gemeinschaft — unbeschadet der Existenz von Außenseitern.

Ich vertrete also die Auffassung, daß alle politischen Aufgaben, die uns mit einiger Wahrscheinlichkeit gestellt werden, auf der Basis des gegenwärtigen Systems von

Regierung und Opposition behandelt werden können. Politisches Gegenüber, ja Gegeneinander, schließt gemeinsame Verantwortung — jeder an seiner Stelle und in seiner Funktion — nicht aus, sondern ein. In Spannungs- und Krisenzeiten müssen jeweils nach Lage der Dinge die bestgeeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Ein Kriegskabinett wollen wir aus unseren Betrachtungen dabei aber ganz herauslassen.

Wenn ich nun über die SPD-Politik spreche, so erlauben Sie mir dazu eine Vorbemerkung: Meine Ausführungen sollen keine Polemik um der Polemik willen sein; sie sollen sich fernhalten von jeder Bösartigkeit, aber sie sollen nicht auf Klarheit verzichten. Politik ist keine Gefälligkeitsveranstaltung. Sie ist zu ernst, als daß wir den politischen Gegner schonen dürften. Deshalb muß die Untersuchung durch den Politiker so radikal sein wie die durch den gewissenhaften Arzt. Die Krankheitsherde, die Gefahrenstellen dürfen nicht vertuscht, sie müssen offengelegt werden.

SPD will nicht „als Sekte untergehen“

In dem Prozeß der politischen Neuorientierung innerhalb der SPD sind zwei Antriebskräfte wirksam: Reformwille und Wahltaktik. Die Reformer gehen davon aus, daß das Gesellschaftsbild des Marxismus durch die Wirklichkeit endgültig widerlegt ist; sie sind dabei, die geistigen Grundlagen des demokratischen Sozialismus zu überprüfen. Für die Taktiker aber ist bestimmend, daß eine unverhohlene Ankündigung von Planwirtschafts- und Sozialisierungsexperimenten die Mehrheit der Wähler heutzutage abschreckt; sie wollen deshalb die umworbenen Schichten „rechts von der SPD“ über die Ziele der Partei beruhigen. Gesinnungswandel bei den einen, Opportunismus bei den andern, — das sind die Antriebskräfte, die die sogenannte Neuorientierung der SPD bestimmen. Über beiden kann gleichsam als Motto die Mahnung Erich Ollenhauers stehen:

„Die Forderung, das politische Programm von Karl Marx und Friedrich Engels zum Inhalt eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms von heute zu machen, ist so unmarxistisch wie nur denkbar. Wollten wir diesen Vorstellungen folgen, so würden wir als Sekte untergehen.“

„Neuorientierung“ war das Leitwort für die Parteitage von Godesberg und Hannover. Ihm beugten sich auch jene Delegierten, denen die Buchstabentreue zur marxistischen Lehre mehr gilt als die Hoffnung auf einen Stimmengewinn bei einer Parlamentswahl. Ihnen wurde eingehämmert, daß weder in Godesberg noch in Hannover irgendetwas beschlossen werden dürfe, was die Chance der SPD bei den neu zu gewinnenden Wählern beeinträchtigen könnte. So folgten sie denn den Kommandos wie eine Truppe im Kampfgebiet. Dort geht es ja zuweilen darum, den Gegner zu täuschen; dort kann es geboten sein, kurzerhand Positionen über Nacht aufzugeben und rückwärtige Stellungen zu beziehen, um in einem neuen Vorstoß das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Wer aber nun diese in Godesberg und Hannover von einem starken Willen erzwungene politische Schwenkung als das Schauspiel einer Massenkonversion ausgeben will, der mutet uns zuviel zu.

Vieldeutige Formulierungen des Grundsatzprogramms

Wurde auch der Truppe in Godesberg zuviel zugemutet? Wir werden sehen. Gewiß ist es richtig, daß zum ersten Male in einem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie das private Eigentum an den Produktionsmitteln ausdrücklich bejaht wird. Gewiß enthält das Grundsatzprogramm auch keinen „Sozialisierungskatalog“ mehr. Sicher beteuert dieses Programm, daß „der Sozialismus kein

Religionsersatz“ sei und daß „der demokratische Sozialismus keine letzten Wahrheiten verkünden“ wolle. Auch wird die Landesverteidigung bejaht. Alles das läßt sich aus dem Grundsatzprogramm zitieren. Aber es ist stets nur die halbe Wahrheit.

Denn was hat es schon mit der Anerkennung des Eigentums auf sich, wenn der Satz, vollständig zitiert, lautet: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“

Und was bedeutet schon der Verzicht auf den bisher üblichen „Sozialisierungskatalog“, wenn Ollenhauer die geistigen Nachzügler mit den Worten aufklärte: auf diesen Katalog könne ohne weiteres verzichtet werden, „weil nach unserer Überzeugung unser Programm der öffentlichen Kontrolle für alle marktbeherrschenden Zweige der Wirtschaft viel umfassender und wirksamer ist“. Und damit hat er recht. „Gemeineigentum“, so heißt es nämlich im Grundsatzprogramm, „ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle... In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren... Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“ Angesichts dieser Generalemächtigung zur Überführung ganzer Wirtschaftszweige in Gemeineigentum ist ein Sozialisierungskatalog selbstverständlich überflüssig.

Schon diese beiden Beispiele zeigen, wie vieldeutig die wichtigsten wirtschaftspolitischen Leitsätze des Grundsatzprogramms gefaßt sind. Fast jeder Satz wirft neue Fragen auf. Wann hindert z. B. das private Eigentum den „Aufbau einer gerechten Sozialordnung“? Wer stellt fest, was eine „gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse“ ist? Und wer entscheidet darüber, „wo“ und mit „welchen Mitteln“ diese Ordnung nicht mehr gewährleistet ist. Viele Fragen, aber keine klaren Antworten! Sie sind mit Bedacht fortgelassen. Denn nur dann, wenn das Programm sich in den entscheidenden Fragen vage und unpräzise ausdrückt, kann es den wahlpropagandistischen Interpreten der Partei an die Hand gegeben werden. Die nämlich haben den Auftrag, die umworbenen Schichten rechts von der SPD über die Ziele ihrer Partei zu beruhigen. Sie versuchen es, indem sie sich auf ganz ungefährlich klingende Zitate des Grundsatzprogramms beschränken. Zugleich aber sollen sie auch den Marxisten in den eigenen Reihen das Programm interpretieren. Das können sie in der Tat mit gutem Gewissen. Mögen auch die alten grundsatztreuen Funktionäre über einzelne marktwirtschaftliche Vokabeln voller Mißtrauen die Stirne runzeln und mögen sie über Einbußen an vertrauter sozialistischer Terminologie beunruhigt sein.

Kein Riegel nach links

Herbert Wehner selbst hat gezeigt, wie man „nach links“ zu sprechen hat, will man dem Funktionärskorps im Lande deutlich machen, daß die im Grundsatzprogramm enthaltenen verbalen Zugeständnisse noch lange keine faktischen Zugeständnisse bedeuten. Wehner sagte: entscheidend bleibe,

„die politische Macht zu erringen, damit die Macht im Staat nicht mehr dazu mißbraucht werden kann, die Vorrechte jener zu schützen und immer weiter auszuüben, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen... Jeder Schritt wirklicher Bewegung, demokratischer Bewegung, Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen. Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was

sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Vorschlag, enthält keinen solchen Riegel..."

In der Tat, das Grundsatzprogramm hat keinen solchen Riegel. Es vermeidet zwar viele bisher übliche Formulierungen, aber es enthält keinen grundsätzlichen Verzicht auf alte wohlbekannte Ziele des Wirtschaftsdirigismus. Wichtigste Forderung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist in dem neuen Programm die „öffentliche Kontrolle“. Eines der Instrumente dafür ist die Überführung in Gemeineigentum, ein anderes die Investitionskontrolle. Das Instrumentarium ist reichhaltiger, als wir es jetzt hier aufzeigen können. Jedenfalls gäbe es einer sozialdemokratischen Regierung die Möglichkeit, alle noch so weitgehenden Eingriffe in das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu rechtfertigen, — Eingriffe und Umgestaltungen, die notwendig wären, um jene „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ aufzurichten, die die Präambel des Grundsatzprogramms ausdrücklich fordert.

Diese neue Ordnung soll an die Stelle des heutigen Zustandes treten, der nach Ansicht der SPD nicht nur unvollkommen, sondern — zumal in der Wirtschaft — von Grund auf verdorben ist. Unsere angeblich formale Demokratie muß, so meint das Grundsatzprogramm, mit einem Inhalt gefüllt werden. Dieser Inhalt heißt Sozialismus. Die Demokratie, lautet einer der klaren Sätze des Programms, wird „durch den Sozialismus erfüllt“.

Mißmut über die „weiche Welle“

Über dieses Programm könnten auch die alten Marxisten in den Reihen der SPD völlig beruhigt sein. Zumindest die kühlen Rechner unter ihnen. Für sie hatte die Frage, ob die intellektuelle Redlichkeit um taktischer Überlegungen willen nicht überfordert werde, kein Gewicht. Wo sie nach dem Parteitag in den Bezirksverbänden gestellt wurde, war sie bald abgetan; wo Widerspruch rumorte, genügte meist ein Appell an die Parteiraison, um die Bedenken zu beschwichtigen. Überall behielt Herbert Wehner das Heft in der Hand. Kein Zweifel aber, daß den Traditionsbewußten dennoch viel zugemutet wird. Sie, die an die selbstbewußte und hochfahrende Diktion sozialistischer Parteiprogramme gewöhnt sind, hören nun eine Sprache, die ihnen bei entscheidenden Punkten oft blaß und verwaschen vorkommen muß. Nicht genug damit! Auf die ausgetüftelten faden Formulierungen des Grundsatzprogramms folgte auch noch als überzuckerte Nachspeise der aufdringliche Schmus eines Werbeprospektes mit der Marke „Blauer Dunst für alle“, der als Regierungsprogramm bezeichnet wurde. Und all das sollen sie schlucken, damit ausgerechnet das von den Marxisten früher nur mit Hohn und Verachtung bedachte Kleinbürgertum am 17. September der Sozialdemokratie wohlaffektiert sein möge. Die sich einst als Bannerträger des Sozialismus gefühlt hatten, sehen sich nun in die Rolle von Leisetretern verwiesen: Nicht mehr Avantgarde einer neuen Zeit, sondern nur noch deren Karikatur.

Der radikale Flügel

So empfinden es nicht wenige im alten Funktionärskorps. Schluckten sie auch oft ihren Unmut über die sogenannte „weiche Welle“ hinunter, so gab es doch einige, die nicht schweigen konnten.

Dazu gehörte der Gewerkschaftler Otto Brenner. Als er auf dem Berliner Kongreß der IG Metall seinem Unwillen freien Lauf ließ über das Godesberger Programm, über die Reformbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften und über das ganze neumodische Zeug auf der Linken, da verschlug das manchem der klugen Rech-

ner den Atem. Brenner betonte, daß „die drei Begriffe, Planung, Gemeineigentum und Mitbestimmung ein Ganzes bilden, das nicht auseinandergerissen werden kann“. Er bekannte sich zu den Grundforderungen der Gewerkschaften aus dem Jahre 1949; er meinte, daß „Erkenntnisse und Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts“ hineingearbeitet werden könnten, aber das Neue müsse dann „eine Verbesserung und nicht eine Verwässerung des alten sein!“

Otto Brenner ließ in Berlin zudem wissen, daß seine Gewerkschaft einer gesetzlichen Regelung für den Notstand gegebenenfalls auch mit Streik entgegentreten wolle, daß die IG Metall sich also mit einem Streik gegen Beschlüsse des Parlaments und gegen die Ordnung des demokratischen Staates stellen würde, — eine Ankündigung, die einiges Aufsehen erregte. Dann machte Brenner wieder von sich reden, als er das Vorstandsmitglied Kuno Brandel an die Luft setzte, einen Mann, dem daran gelegen war, daß die Gewerkschaft den heutigen Staat als „unantastbare Grundlage unseres staatlichen Lebens“ betrachte. Dann kamen Brenners Ausführungen beim „Mahl der Arbeit“ in Bremen, in denen er als sein Endziel die Abschaffung des Privateigentums erkennen ließ. Dann erklärte der für das Betriebsrätewesen im Hauptvorstand verantwortliche Strothmann in Berlin, seine Gewerkschaft sei zur „Hoffnung zahlloser politisch klar denkender Menschen in der Bundesrepublik“ geworden, — eine Bemerkung, die von der „STUTTGARTER ZEITUNG“ mit folgenden Worten kommentiert wurde:

„Schon seit geraumer Zeit wird in Führungskreisen der SPD und der Gewerkschaften die Befürchtung geäußert, daß Brenner und sein Kreis vom Godesberger Programm und vom neuen Kurs der SPD keine Wirkung auf die Wähler erwarten, ja, daß sie solchen Erfolg gar nicht wollen könnten, um der reinen Lehre willen, die allein ihrer Auffassung nach Partei und Gewerkschaft zum Sieg führen könnte.“

Man vermutet außerdem, daß der Vorstand der IG Metall nach der Bundestagswahl das ganze materielle und moralische Gewicht der Millionen-Organisation einsetzen wolle, um zusammen mit den traditionalistischen Kräften in der SPD den Kurs der Partei auf die alte marxistische Linie zurückzuzwingen.“

Das Gewicht der IG Metall

Schenken wir hier dem radikalen Kurs der IG Metall zuviel Aufmerksamkeit? Ich glaube nicht, und zwar aus drei Gründen:

1. weil die IG Metall mit 1,8 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft der Welt ist und mit mehr als 100 Millionen DM jährlicher Beitragseinnahmen über große finanzielle Mittel verfügt; ihr Ruf, in sozialen Forderungen Schrittmacher für die anderen Gewerkschaften zu sein, erhöht noch ihr beträchtliches Gewicht;
2. weil die SPD in den Gewerkschaften den „wichtigsten Partner“ im Kampf um die Neuordnung der Gesellschaft sieht und die traditionelle Verzahnung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie so eng ist, daß die Partei keinen scharfen Konflikt mit dem linken Flügel der Gewerkschaften austragen kann;
3. weil innerhalb der Anhängerschaft der Sozialdemokratie die sogenannte Neuorientierung zu einer Desorientierung geführt hat; diese Desorientierung wird es bei einer nach dem 17. September aufflammenden Auseinandersetzung über den „neuen Kurs“ der linksradikalen Kampftruppe Otto Brenners leicht machen, alle Reformgedanken vom Tische zu fegen — ganz gleich, was die Taktiker dann für opportunistisch halten, und ganz gleich, was die wirklichen Reformer dazu zu sagen haben.

Kehrtwendung der Führung — Desorientierung der Anhänger

Die Desorientierung innerhalb der Anhängerschaft der SPD ist nicht leicht zu nehmen. Immer wieder wird berichtet, daß zumal im mittleren und unteren Funktionärskorps zahlreiche Leute nicht mehr zu sagen wüßten, welche SPD-Parole gerade gelte und welche abgetan sei.

Es ist billig, darüber mit der Bemerkung zu witzeln: diese Leute wüßten eben nicht schnell genug zu schalten. Herrschte nicht auch schon in höheren Rängen bei entscheidenden Fragen statt Klarheit völlige Unsicherheit? Erinnern wir uns des Auftritts Erich Ollenhauers in Hannover! Als er auf dem Parteitag klipp und klar ein uneingeschränktes Nein zur atomaren Bewaffnung aussprach, wurde ihm dieses Nein mit dem brausenden Beifall einer explosiven Ovation vergolten. Daraufhin von einigen Freunden unter leidenschaftlichen Vorhaltungen zur Rede gestellt, hat Ollenhauer, so heißt es, entrüstet geantwortet: „Man wird doch das noch sagen dürfen“ — was im Godesberger Programm steht. Nun, er durfte nicht. Das Godesberger Programm war im November 1959 beschlossen worden, und es sollte, wie offiziell angekündigt, für „mindestens 10 Jahre“ gelten. Aber seit diesem Beschluß war Wichtigeres geschehen. Im Juni 1960 hatte Herbert Wehner im Bundestag jene unerwartete Schwenkung vollzogen, die im Bekenntnis zum westlichen Verteidigungsbündnis und zur Landesverteidigung gipfelte. War es nun Mangel an Aufmerksamkeit oder Mangel an Verstellungskunst, die den SPD-Vorsitzenden zu seiner Erklärung vor den Delegierten bewogen hatte? Darüber sind damals manche Überlegungen angestellt worden. Kein Rätsel aber gab der Begeisterungssturm der Delegierten auf. Sie hatten in Ollenhauers kategorischer Ablehnung der Atombewaffnung die alte gegen die Wehr- und Bündnispolitik der Bundesrepublik gerichtete Parteiparole „Kampf dem Atomtod!“ wiedererkannt; sie bejubelten sie als ein befreiendes Wort, das endlich ihren zurückgestauten Gefühlen ein Ventil geöffnet hatte. Gewiß gelang es der Regie, die aus dem aufgerissenen Gegensatz steil aufschießende Stichflamme wieder zu ersticken, aber es gelang nur mit dem Appell an den Opportunismus: doch nur ja alles zu vermeiden, was ein Hindernis auf dem Wege der SPD zur Macht bedeuten könnte.

Der Appell an den Opportunismus ist eine gefährliche Sache. Sicher kann man in einer Partei, in der seit je strenge Disziplin geübt wurde, einigen hundert Delegierten befehlen wie einer Truppe im Kampfgebiet. Sie mögen zuweilen murren, aber sie werden gehorchen; sie können die Orientierung verlieren, aber sie werden wieder einschwanken. Aber man kann nicht von vielen Zehntausenden verlangen, daß sie unterscheiden, zu welchem Grundsatz sich ihre in einer Art Gärungsprozeß befindliche Partei zur Zeit noch in Wahrheit bekennt und was lediglich als Lippenbekenntnis zu nehmen ist. Wer hier im Westen von seiner Anhängerschaft Verschleierungstaktik fordert, muß sie verwirren; er treibt sie in Selbstwiderspruch und geistige Unordnung, um nicht zu sagen: in eine Unehrlichkeit, die nur der heil übersteht, wird, der schon keinen Schaden mehr nehmen kann: nämlich der hartgesottene Zyniker oder der pfiffige Geschäftemacher, der auf alle Skrupel pfeift.

Sicher sind in den Spitzengremien und in den oberen Funktionärrängen der SPD nicht nur Opportunisten am Werk. Auch eine Partei kann schließlich aus ihren Fehlern lernen. Das ist dann allerdings ein langwieriger Prozeß, ein zähes Ringen um Klarheit und eine quälende Suche nach dem neuen Weg. Er wird nicht auf Kommando, sondern in der geistigen Auseinandersetzung gewonnen, und die Zweifler in den eigenen Reihen werden gewonnen, indem man sie überzeugt. Bei der sogenannten Neuorientierung der SPD aber riefen die Befürworter

des neuen Kurses zu oft der zögernden Parteifreunden zu, es komme zunächst einmal nur darauf an, an die Regierung zu kommen, als daß nicht der Verdacht genährt worden wäre, das Taktische überwöge bei weitem das Sachliche. Und zu überraschend, zu behend, zu gekonnt vollzog Herbert Wehner in der außenpolitischen Debatte des Bundestages jene Schwenkung, an die sich die Hoffnungen der SPD für den 17. September knüpfen. Noch vier Tage vor Wehners Ja zum westlichen Verteidigungsbündnis hatte Fritz Erler in Heilbronn die alte These verkündet: die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO verhindere die Wiedervereinigung. Was Wehner damals, im Juni 1960, im Bundestag zu sagen hatte, ging ihm zu glatt von den Lippen, als daß nicht der Eindruck zwingend gewesen wäre, hier spiele einer eine Rolle, meisterhaft zwar, aber eben doch eine Rolle; zweifellos eine Bravourleistung, aber eben doch mit einem komödiantischen Nachgeschmack.

Warnendes Zeugnis der Vergangenheit

Wir haben nicht vergessen, wie Herbert Wehner, der seither für Gemeinschaft plädiert und für eine Annäherung an die Politik Konrad Adenauers — wie Herbert Wehner eben diese Politik von Anbeginn mit aller Leidenschaft bekämpft und mit den schärfsten Ausdrücken des Abscheus verurteilt hat. Wie könnten wir überhaupt die Vergangenheit vergessen, die angefüllt war mit dem ewigen Nein der Sozialdemokraten. Als Konrad Adenauer begann, die Mauer feindseligen Mißtrauens und eisiger Ablehnung, die Deutschland vor 12 Jahren unübersteigbar hoch umschloß, Stück für Stück in mühseliger Arbeit abzutragen, da stemmte sich die SPD dagegen. Immer, wenn es soweit war, daß wieder ein Stein herausgebrochen werden konnte und eine weitere Beschränkung unserer Rechte oder eine weitere Drosselung unseres Wirtschaftslebens fallen sollte, da fiel uns die SPD in den Arm. Sie beschwor uns einzuhalten. Sie stieß Verwünschungen aus. Sie nannte Konrad Adenauer den „Kanzler der Alliierten“. Sie schlug schrille Töne an, wo doch nur unendliche Geduld und überlegene Klugheit etwas erreichen konnten.

So war es bei den großen außenpolitischen Entscheidungen, und so war es bei vielen innenpolitischen Fragen. „Kontrollrat“, „Militär-Regierung“, „Requisitionen“, „Demontage“, „Industrieverbot“, „Ruhr-Statut“, „Außenhandelskontrolle“ — sie sind längst vergessen. Leider ist auch von vielen vergessen, daß bei jeder Etappe nach vorn die SPD den Ruin, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung voraussagte. Die soziale Marktwirtschaft nannte Kurt Schumacher einen „dicken Propagandaballon des Unternehmertums, der mit den Abgasen des verwesenden Liberalismus gefüllt ist“. Und als die Montanunion im Bundestag zur Debatte stand, rief die SPD ihr „Unannehmbar“, denn „dieser Plan nimmt uns die Bewegungsfreiheit für den Wiederaufbau unserer Kohle- und Stahlindustrie unter modernen Gesichtspunkten“.

Alle diese Proben eines völligen Mangels an Voraussicht zeigen, daß die SPD dort, wo es um die wichtigsten Schicksalsfragen ging, mit Blindheit geschlagen war. Blind und taub sperrte sie sich gegen die Erkenntnis, daß die Bundesrepublik nur im Bund mit dem freien Westen für ihre Sicherheit eintreten könne. Sie setzte dagegen ihre halsbrecherische Auffassung von einem bündnislosen Deutschland, von einem Deutschland des demokratischen Sozialismus zwischen dem westlichen Kapitalismus und dem östlichen Kommunismus. Konsequenterweise sagte sie deshalb nein zum Europarat, zur West-Europäischen Union und zur NATO. Sie lehnte das Freiwilligengesetz, das Soldatengesetz und alle Verteidigungshaushalte ab. Sie setzte die „Ohne-Mich!“-Parole auf Spruchbänder und Wahlplakate und schürte, wo immer es ging, Gefühle des Unbehagens und der Mißstimmung. Sie verweigerte dem deutschen Soldaten moderne Waffen. Sie mobili-

sierte 1958 ihre Anhängerschaft für den „Kampf gegen den Atomtod“, sie rief ihre Leute auf die Straße mit dem Ziel, eine allein dem Bundestag zustehende Entscheidung nachträglich zu Fall zu bringen. Sie propagierte ein Jahr später in großem Stil den sogenannten Deutschlandplan, in dem sie Kompromisse mit dem Osten bis an den Rand der offenen Kapitulation vorzuschlagen hatte. Sie hielt daran fest: es gäbe keine sowjetische Expansions- und Aggressionsgefahr; das seien nur Hirngespinnste der „kalten Krieger“, und wenn es gelänge, das Sicherheitsbedürfnis der Sowjets zu stillen, dann ließe sich mit Moskau sogar über die Wiedervereinigung sprechen. Erst die Bedrohung Berlins, die aufgeflogene Pariser Gipfelkonferenz und Chruschtschows Auftritt in den Vereinten Nationen belehrten sie darüber, daß heutzutage mit ihren Ideen von „Disengagement“, „Bündnislosigkeit“ und „Teilabrüstung“ kein Bundestagswahlkampf bestritten werden kann.

Ob die führenden SPD-Politiker nun endgültig ihren Illusionen entsagt haben? — wer will das wissen. Ich wage diese Frage nicht zu bejahen; ich kann es nicht, erinnere ich mich an den Start des sogenannten Deutschlandplans. Damals waren Fritz Erler und Carlo Schmid niedergeschlagen aus dem Kreml nach Bonn zurückgekehrt, sie hatten sich von Chruschtschows Unzugänglichkeit in der deutschen Frage überzeugt; anderntags aber legte die SPD — die Erkenntnisse ihrer Moskafahrer ignorierend — dennoch den sogenannten Deutschlandplan der Öffentlichkeit vor. Die Erinnerung an jene Vorgänge läßt demnach zu den heutigen Ereignissen nur die eine Feststellung zu, daß Chruschtschows weithin sichtbarer Machtwillen die außenpolitischen Parolen der SPD zerschlagen hat. Mehr läßt sich nicht sagen. Ob die SPD die Scherben auf den Kehrrichthaufen gefegt oder ob sie sie nicht doch aufbewahrt hat, um sie eines Tages wieder zusammenzukitten, steht noch dahin.

Ohne Alternative vor den Wählern

Sicher möchte die SPD vergessen machen, welche falschen Ratschläge sie in den vergangenen Jahren erteilt hat. Sie will nicht daran erinnert sein, wie ihre törichten Voraussagen von der Entwicklung Lügen gestraft wurden. Das Ergebnis unserer Politik ist ja nicht, wie die SPD vorausgesagt hat, Arbeitslosigkeit, Elend und Ruin, sondern von allem genau das Gegenteil. Die Entwicklung hat der Bundesregierung so offenkundig recht gegeben, daß die SPD es nicht mehr wagen kann, dies vor den Wählern zu bestreiten. Immer wieder beteuert deshalb die Opposition, es werde keinen Bruch geben, wenn sie die Regierung stelle. Weder die Freiheit der Wirtschaft, noch die bisherige Linie der Außen- und Sicherheitspolitik werde gefährdet, wenn es einen sozialdemokratischen Bundeskanzler gäbe. Mit dieser Versicherung wirbt die SPD um Vertrauen bei unseren Bündnispartnern, und sie wirbt damit bei den von der Richtigkeit der Politik der Bundesregierung überzeugten Wählern. Sie bietet keine Alternative an. Nicht anders als die CDU/CSU wolle sie es machen, sondern besser.

Kein Zweifel, die SPD ist in einer Situation, in der ihr, wie sie glaubt, nur noch Dreistigkeit hilft. Sie hat 12 Jahre lang fast alles falsch gemacht und zu dem Richtigen stets erbittert nein gesagt. Und nun erklärt sie, das Richtige, das von der Bundesregierung gemacht worden ist, noch besser machen zu können. Ist diese Erklärung ernst gemeint, dann ist an die Stelle der Illusionen bei ihr der Wahn getreten, der Wahnwitz der bisher verhängnisvollsten Selbsttäuschung.

Die SPD führt unter der Last ihrer unbewältigten Vergangenheit einen verzweiferten Kampf gegen das Gedächtnis der Wähler. Sie ist bemüht, den umworbenen Schichten gegenüber die Grenzen zwischen Regierung und Opposition zu verwischen. Sie versucht, sich der CDU/CSU in den wichtigsten politischen Parolen mög-

lichst anzugleichen, weil sie — nach einer trefflichen Beobachtung — davon überzeugt ist, nur als Opfer einer Verwechslung bei den Wählern Erfolg zu haben. Klarheit ist ihr im Augenblick höchst unerwünscht, und sie handelt nach dem Wort Nietzsches: „Entweder verstecke man seine Meinungen oder man verstecke sich hinter seine Meinungen.“ Angesichts des verwirrenden Spiels, die alten Meinungen zu verstecken oder die alten Politiker hinter neuen Meinungen zu verbergen, sind folgende Fragen und Möglichkeiten zu erwägen:

Wohin geht die Fahrt?

1. Vorausgesetzt, ein radikaler Gesinnungswandel habe in der Führungsgruppe der SPD stattgefunden, so hat er die Probe auf seinem Zukunftsgehalt noch abzuliegen. Marxisten, Pazifisten und Wehrdienstverweigerer haben das Feld nicht geräumt. Somit ist der Neuorientierungsprozeß noch keineswegs abgeschlossen. Daß aber einer in Gärung befindlichen Partei die Geschicke der Bundesrepublik nicht anvertraut werden dürfen, versteht sich von selbst.
2. Hat aber statt einer Umkehr aus Überzeugung ein Wechsel des Kurses nur deshalb stattgefunden, weil es für die Partei selbstmörderisch wäre, mit den alten Ideen und Ratschlägen vor die Wähler zu treten, so fehlt von vornherein die Kraft, den neuen Kurs auch gegen stärkere Widerstände einzuhalten.
3. Den Kurs wieder zu ändern, wäre um so einfacher, als das Grundsatzprogramm und die Beschlüsse von Hannover dank allgemein gehaltenen Formulierungen keine Festlegung bedeuten. Die SPD, so wurde immer wieder betont, habe Ballast abgeworfen, um an Manövrierfähigkeit zu gewinnen. Dieses Bild trifft. Völlige Manövrierfreiheit den Wählern gegenüber ist gewonnen.
4. Wendigkeit statt Stetigkeit war bei der SPD bereits innerhalb der verhältnismäßig kurzen Zeit von Hannover bis zur Veröffentlichung des Regierungsprogramms festzustellen. Noch in Hannover hatte Brandt nach dem Vorbild Kennedys illusionslose Härte und Anforderungen an die Opferbereitschaft angekündigt. Schon wenige Monate später kein Wort mehr davon! Vielmehr legte er ein sogenanntes Regierungsprogramm vor, in dem er das Blaue vom Himmel versprach.

Weder Godesberg noch Hannover waren für uns so überzeugend, daß wir die Vorbehalte gegenüber der linken Opposition fallen lassen könnten. Zudem zeigen die Unseriosität des Regierungsprogramms und die Konfusion des Finanzierungsplans, daß die SPD leichten Sinnes über die fundamentalen Irrtümer der vergangenen 12 Jahre hinweggeschritten ist. Die schweren Fehler der Vergangenheit waren für diese Partei offensichtlich kein Grund zur Bescheidenheit und zur Redlichkeit gegen sich und gegen andere.

Auseinandersetzung innerhalb der SPD nur vertagt

Die SPD bittet im Augenblick um milde Beurteilung. Sie habe sich, so sagen ihre Freunde, mit der Absage an manche der bisherigen Vorstellungen sehr weit vorgewagt; sollte sich dieser Verzicht am 17. September nicht bezahlt machen, bestünde die Gefahr, daß die enttäuschten Anhänger die sogenannte „weiche Welle“ für die Niederlage verantwortlich machten. Unausbleiblich wäre dann, so heißt es weiter, die Rückkehr zu harten Parolen und eine verschärfte Radikalisierung des linken Flügels. Diese These entbehrt hier und dort nicht der Wirkung; ja es gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser Tage, daß man daraufhin der CDU/CSU zumuten möchte, der SPD nicht allzu hart zuzusetzen; denn es diene, so ist zu hören, nur einem höheren staatspolitischen Interesse, wenn es der SPD gelänge, neue Wähler zu gewinnen, ohne die traditionellen Anhänger zu verlieren. Wer diese Ratschläge erteilt, geht offenbar nicht nur davon aus, daß

ein Wahlerfolg der SPD die Anwälte des neuen Kurses vor den zögernden Genossen rechtfertige; er muß auch noch der Ansicht sein, daß ein Wahlerfolg sogar die am linken Flügel stehenden Marxisten und Pazifisten gleichsam über Nacht in Gefolgsleute des neuen Kurses verwandeln könnte. Wäre er nicht dieser Ansicht, wo läge dann das staatspolitische Interesse, von dem er spricht? Worauf sich sein naiver Ausblick stützt, ist nicht zu erkennen. Bisher ist nämlich nur vorauszusehen, daß der linke Flügel nach einem Wahlerfolg sogleich heftig aufbegehren würde, falls eine sozialdemokratische Bundesregierung auf scharfe Sozialisierungs- und Planwirtschaftsexperimente zu verzichten wagte. Und es würde zu schrillen Protesten kommen, wollte ein sozialdemokratischer Bundeskanzler aus dem Bekenntnis zum atlantischen Verteidigungsbündnis die notwendigen praktischen Folgerungen ziehen.

Dem Dilemma, entweder die einen oder die anderen ihrer Wähler zu enttäuschen, könnte eine SPD-Regierung niemals entgehen. Aber auch eine SPD in der Opposition käme nicht daran vorbei, die vertagte Auseinandersetzung auszutragen. Welche Unkosten dabei für unser Staatswesen entstehen mögen, ist noch nicht vorauszusagen. Kein Zweifel aber, daß der Schaden für das politische Leben der Bundesrepublik geringer sein wird, wenn es der SPD versagt bleibt, diesen unvermeidlichen Zwist als Regierungspartei auskämpfen zu müssen.

Zweifel an der Gemeinsamkeitsparole

Auch in diesem Wahlkampf um den Vierten Bundestag ist vor allem einmal Klarheit vonnöten. Und deshalb ist nochmals daran zu erinnern, daß die innen- und außenpolitische Entwicklung den Sozialdemokraten eine Alternative zur Politik der Bundesregierung genommen hat. Sie haben daraufhin insofern Einsicht gezeigt, als sie ihrem Selbsterhaltungstrieb mehr gehorcht haben, als einer selbstmörderischen Rechthaberei. Nun machen sie aber aus ihrer Verlegenheit auch noch eine vermeintliche Tugend, indem sie sich als die versöhnungswillige Opposition hinstellen und von Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit sprechen. Und die SPD möchte noch gelobt werden für diesen Wechsel der Parolen, dem, wie sie verschweigt, weniger ein Ringen um die Probleme voraufgegangen ist, als eine schroffe Belehrung durch harte Tatsachen, eine Desillusionierung schlimmster Art.

Nichts gegen eine ernstgemeinte Forderung nach Gemeinsamkeit. Selbstverständlich brauchen wir in unserem politischen Leben eine Übereinstimmung in den wichtigsten Grundfragen. Wie oft haben wir das schon betont! Der pluralistische Staat, der „Vielparteien-Staat“, hebt allzu oft die Impulse der einen oder anderen politischen Gruppe auf und läßt sie unwirksam werden, anstatt daß alle Impulse dem gleichen Ziele dienen. Die Auseinandersetzung der Parteien auf das zu begrenzen, was konstruktiv wirkt, und die Destruktion zu verhindern, bleibt eine ständige Aufgabe. Die Formel genügt nicht, daß alle politischen Gruppen „auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ stehen sollen. Vielmehr müssen die gemeinsamen Werte intensiver gepflegt werden, als das heute noch geschieht. Allerdings lassen sich in einer Demokratie nicht mehrere Idealvorstellungen vom Staat gleichzeitig, sozusagen nebeneinander, verwirklichen. Das Godesberger Programm geht davon aus, daß die gegenwärtige Demokratie keine „wahre“ Demokratie ist und die „wahre“ Demokratie, repräsentiert durch den Sozialismus, noch kommen müsse. Diese sozialdemokratische Vorstellung verträgt sich nun keineswegs mit unsere Vorstellung von dem wirklichen Inhalt unserer Verfassung.

Mehr Gemeinsamkeit in den Grundfragen — wer hätte dagegen etwas einzuwenden! Aber es wäre falsch, wenn

unter dem Schwall dieser selbstverständlichen Forderungen die Unterschiede verwischt und Wesenselemente des demokratischen Staates zerstört würden. Nach wie vor sind SPD und CDU/CSU — wie wir soeben an einem Beispiel gesehen haben — in entscheidenden Fragen weit voneinander entfernt. Und wo gäbe es auch nur einen gewichtigen Grund, der dafür spräche, das verfassungsmäßig freie Spiel der Demokratie einzuzengen und das klare Gegenüber von Regierung und Opposition aufzugeben? Wo unter Verzicht auf eine kräftige Opposition über dem Staatswesen die gemeinsame Regierung einer großen Koalition lastet, da ist die Gefahr der Degeneration der demokratischen Institutionen riesengroß. Das gilt für alle Institutionen. Weithin sichtbar wird die Gefahr zumal beim Parlament; es würde aus einer Stätte der politischen Diskussion und Auseinandersetzung zu einem Ort des abgekarteten Spiels, von dem keine Impulse mehr in die Öffentlichkeit ausstrahlen könnten. Wir brauchen das nicht weiter auszuführen. Hier genügt die Feststellung, daß sich zwei große Parteien in der Sache nahekommen können, ohne daß dafür die demokratische Struktur von Regierung und Opposition aufgegeben werden müßte.

Wo bleibt der Beweis durch die Tat?

Nach diesen prinzipiellen Erwägungen noch ein Wort zur aktuellen Forderung der SPD nach einer „Gemeinsamkeit in deutschen Lebensfragen“: Diese Forderung möchte die SPD zum zentralen Problem für die Bundestagswahl machen. Sie hofft, mit dieser Losung vor allem den unpolitischen Wählern zu gefallen. Sie sieht hier eine Chance, das Bild, das die Öffentlichkeit von ihr gewonnen hat, korrigieren zu können — dieses Bild einer unfruchtbaren, ewig nur nein sagenden Oppositionspartei. Mit der jetzt ständig wiederholten Versicherung, zu jeder Zusammenarbeit bereit zu sein, will sie ihre Nein-Politik vergessen machen. Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen. Denn den wortreichen Beteuerungen eines tiefgreifenden Gesinnungswandels fehlt bisher noch jeder Erweis der Glaubwürdigkeit durch Taten. Gelegenheit dazu wäre vorhanden; ich erinnere, um nur ein sehr aktuelles Beispiel zu nennen, an die gesetzliche Vorsorge für den Notstandsfall. Hier versagt sich die SPD einer wirklichen Lösung aus Rücksicht auf die Einstellung radikaler Gewerkschaftsführer, die auch im Falle eines Staatsnotstandes ihr vermeintliches Recht auf den politischen Streik nicht beschränkt sehen wollen. Schon allein an diesem Beispiel, das für viele andere steht, wird deutlich, daß die SPD für die Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik ein großes Risiko darstellt. Und dieses Risiko wäre um so größer, billigte man ihr durch irgendeine Form des Zusammengehens einen Einfluß zu, der über die Einwirkung einer Oppositionspartei auf die Politik hinausreichte. So läßt sich denn zur Gemeinsamkeits-Losung der Sozialdemokraten kurz nur das eine sagen: Gemeinsamkeit in den Grundfragen — ja! Niemals aber durch einen Kompromiß von unserer Seite.

Die SPD möchte aus der Verantwortung für eine 12 lange Jahre währende falsche Politik entlassen werden. Sie will nicht mehr von der Vergangenheit, sondern nur noch von der Zukunft sprechen. Sie warf sich ein neues Programm um, steckte sich neue Parolen an und spricht mit ungewohnter Stimme. Sie ist aufgebrochen, in Deutschland die Macht zu erringen, und versucht sich dieser, so getarnt, auf dem Schleichweg zu nähern. Wir aber vertrauen darauf, daß die Mehrheit der Wähler der bisherigen Führung weiter vertraut. Die Mehrheit der Wähler erwartet von dieser Führung, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft: Unerschrockenheit des Blicks, Festigkeit der Hand, zähen Willen zum Ziel und vor allem Klarheit und Stetigkeit des Kurses.